

SO GEHT DIE INKLUSION UNTER

Schlechtes Zeugnis für die Landesregierung –
Ergebnis der 2. repräsentativen Lehrerumfrage

Personalratswahl 2016

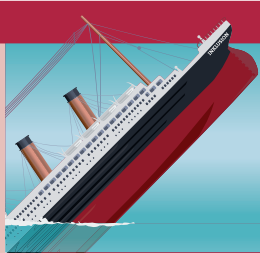
Interviews mit den Spitzenkandidaten auf S. 8 – 10

Aus unserer Sicht

Befriedung des achtjährigen Gymnasiums ist gescheitert 3

Thema

So geht die Inklusion unter Schlechtes Zeugnis für die Landesregierung – Ergebnis der 2. repräsentativen Lehrerumfrage.. 4-6



Inklusion im Spielzeugland 7

Personalratswahl 2016

Interviews mit den Spitzenkandidaten 8-10

Nachrichten

Schüler profitieren vom Auslandsjahr 12-13

Berufspolitik

Fragen und Antworten zum Thema Schulrecht 14

Das Referat Tarifrecht: Höhergruppierung und Angleichungszulage – FRISTEN BEACHTEN 15

Veranstaltungen

So setzen Sie sich durch: Fünf – nicht ganz ernst gemeinte – Tipps für gesunde Aggressivität 16

Aus dem Landtag

Der VBE im Gespräch 17

VBE-Newsletter

Nachrichten aus dem Bundesverband 18-19

Schulpraxis**Ärger mit Eltern:**

So gehen Sie stressfrei damit um 20-21

Der andere Blick

Elterngespräche: So macht man das 22

Junger VBE

Rückblick auf den Junglehrertag 2016 24

Senioren

HV dbb bundesseniorenvertretung 2016 25

VBE-regional

Münster, Aachen, Ennepe-Ruhr, Soest 26-27

Kommentar

Sterben und Leben der Hauptschulen (III) 28

Medien

Empfehlungen: Persönliche Lieblingsbücher 30

Impressum:

SCHULE HEUTE – Information und Meinung
erscheint monatlich – mindestens zehnmal jährlich

Herausgeber:

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher im DBB NRW,
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon 0231 425757-0, Fax 0231 425757-10

Produktion:

VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Tel.: 0231 420061, Fax: 0231 433864
Internet: www.vbe-verlag.de

Anzeigen:

dbb verlag gmbh, Mediacyber, Dechenstr. 15 A, 40878 Ratingen
Tel.: 02102 74023-0, Fax: 02102 74023-99, E-Mail: mediacyber@dbbverlag.de
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Tel.: 02102 74023-715
Anzeigenverwaltung: Britta Urbanski, Tel.: 02102 74023-712
Preisliste Nr. 12, gültig ab 1.10.2015

Redaktion:

Melanie Kieslinger (Schriftleiterin)
E-Mail: melanie.kieslinger@vbe-nrw.de
Udo Beckmann
E-Mail: redaktion@schuleheute.de
Internet: www.vbe-nrw.de
Nina Braun (Pressereferentin)
E-Mail: n.braun@vbe-nrw.de

Druck:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druckmedien,
Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Verlag:

dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin,
Tel.: 030 7261917-0, Fax: 030 7261917-40,
Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Satz und Layout: my-server.de - GmbH

Wambeler Hellweg 152, 44143 Dortmund
in Zusammenarbeit mit Kirsch Kürmann Design
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund
Titelbild, S. 2 und S.4: Weenee/Shutterstock.com

Anschriftenverwaltung:

VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Für Mitglieder ist der Bezugspreis dieser Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Abonnement 19,00 Euro, Einzelheft 2,00 Euro, zuzüglich Versandkosten.
Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.
Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben
keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der
Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder
teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern
erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei
Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.
Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der
Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichendes Rückporto
beiliegt. Die Redaktion behält sich vor, redaktionelle Kürzungen der eingesandten Texte
vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Besprechung ohne Aufforderung
zugesandter Bücher bleibt der Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser wieder und
entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Beilage, wenn erschienen: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

ISSN-Nr.: 0342-751X
Druckauflage: 23.867 (IVW 4/2015)



Befriedung des achtjährigen Gymnasiums ist gescheitert



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

fast elf Jahre nach der Umstellung des Gymnasiums von neun auf acht Jahre ist keine Einigung zwischen Eltern, Lehrern und Schulbehörden in Sicht. Kürzlich hat die Landeselternschaft der Gymnasien NRW eine repräsentative Umfrage unter 50.000 Beteiligten veröffentlicht. Danach sind 79 Prozent der Eltern für G9. Die Direktoren von Gymnasien sprachen sich mit 70 Prozent für G9 aus. Die Hoffnung der Schulministerin, das Thema Schulzeitverkürzung am Gymnasium (G8) mithilfe des runden Tisches zu befrieden, ist damit gescheitert.

Die Empfehlungen des runden Tisches scheinen nicht zu tragen und nehmen den Eltern offenbar nicht die Sorgen um die Überforderung der Kinder. Um den Kindern mehr Zeit zu verschaffen und die Durchlässigkeit des verkürzten Bildungsganges zu erhöhen, schlägt der VBE erneut vor, die Sekundarstufe I wieder von fünf auf sechs Jahre zu verlängern. Dies würde deutlich mehr Durchlässigkeit in der Sekundarstufe I sicherstellen.

Wir warnen daher, man wird das Thema nicht aussitzen können. Es rächt sich jetzt, dass die Schulzeitverkürzung 2005 von der schwarz-gelben Regierung umgesetzt wurde, ohne die Konsequenzen für den Schulalltag zu Ende zu denken und ohne eine spürbare Entrümpelung der Lehrpläne vorzunehmen. Unsere Prognose ist: Wenn es zu keiner baldigen Befriedung des Themas kommt, wird es die Landtagswahlen dominieren.

Mit ihrem Unmut reihen sich die Eltern in NRW in einen bundesweiten Trend ein. Niedersachsen ist bereits schon zum G9 zurückgekehrt, in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen verzeichnen die zugelassenen G9-Gymnasien große Zustimmung.

Insbesondere mit Blick auf die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen werden wir das Thema weiter begleiten.

Landesvorsitzender VBE NRW

ZITAT DES MONATS

Gesagt:

„Um Unterrichtsausfall zu begegnen, sind integrierte Reserven sowie mobile Lehrer nötig, um Stundenausfall abfedern zu können. Doch mobile Reservisten eignen sich eher für Vertretungsstunden an Grundschulen, jedoch nicht an Gymnasien.“

Hans-Peter Meidinger,

Vorsitzender des Philologenverbands gegenüber t-online.de

Gemeint?:

In Grundschulen reicht es ja aus, in der Vertretungsstunde ein bisschen zu basteln und zu singen. Das Niveau am Gymnasium ist aber nun wirklich zu hoch für so etwas.

facebook

Der VBE NRW bei Facebook:
www.facebook.com/vbe.nrw

VBE

Neue Videofunktion auf
www.vbe-nrw.de

SO GEHT DIE INKLUSION UNTER

Schlechtes Zeugnis für die Landesregierung – Ergebnis der 2. repräsentativen Lehrerumfrage

Mangelhafte personelle Ausstattung und Fortbildungen: Zwei Jahre lang haben Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen Zeit gehabt, Erfahrungen mit der Inklusion zu machen. Die Umfrage des VBE NRW deckt jetzt auf, welche Erfahrungen sie damit in der Praxis machen.

Seit Sommer 2014 ist das Gesetz zur Inklusion in Kraft, seit dem Schuljahr 2014/2015 gilt beginnend mit den Klassen 1 und 5: Kinder mit einer Behinderung haben in NRW grundsätzlich das Recht, gemeinsam mit anderen Kindern an einer allgemeinbildenden Schule unterrichtet zu werden. Vor diesem Hintergrund hat der VBE NRW jetzt Lehrerinnen und Lehrer zu ihren praktischen Erfahrungen mit der Inklusion befragt. Udo Beckmann, der Vorsitzende des VBE NRW, sagt: „Die schon in der ersten Forsa-Umfrage 2015 aufgedeckten Mängel, zu große Lerngruppen, zu geringe sonderpädagogische Unterstützung und keine Vorbereitung auf die neuen Herausforderungen bestehen leider fast unverändert.“

Lehrer sind für Doppelbesetzung

Praktisch alle Lehrer (94 Prozent) in Nordrhein-Westfalen sind der Auffassung, dass es in inklusiven Schulklassen eine Doppelbesetzung aus Lehrer und Sonderpädagoge geben sollte. Fast niemand (4 Prozent) hält dies für überflüssig. Die überwältigende Mehrheit der Lehrer in Nordrhein-Westfalen (89 Prozent), die sich generell für eine Doppelbesetzung aussprechen, ist auch der Auffassung, dass es eine solche Doppelbesetzung aus Lehrer und Sonderpädagoge immer und nicht nur zeitweilig geben sollte. Nur 10 Prozent der Lehrer in Nordrhein-Westfalen halten eine zeitweilige Doppelbesetzung für ausreichend. Damit bestätigen die Ergebnisse der Umfrage eine Forderung des VBE.

Nahezu alle Lehrer (95 Prozent) sind dafür, dass auch bei Errichtung eines inklusiven Schulsystems die bisherigen Förder- und Sonderschulen alle (54 Prozent) bzw. teilweise (41 Prozent) erhalten werden

sollten. Lediglich 5 Prozent der Lehrer meinen, dass die bisherigen Förder- und Sonderschulen im Falle einer Einrichtung eines inklusiven Schulsystems ganz abgeschafft werden sollten. Das passt zur Sorge der Lehrkräfte, dass weder Schüler mit noch die ohne Handicap unter den derzeitigen Bedingungen in inklusiven Lerngruppen hinreichend gefördert werden können.

Förderschulen sollen erhalten bleiben

85 Prozent der Lehrer in Nordrhein-Westfalen (etwas mehr als im Vorjahr) geben an, dass an ihrer Schule bereits Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet werden. In 5 Prozent der Fälle ist die Unterrichtung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf geplant. Nicht geplant ist eine solche Unterrichtung bei 8 Prozent der befragten Lehrer. Gymnasiallehrer geben deutlich häufiger als der Durchschnitt an, dass die Unterrichtung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht geplant ist. Wunsch und Wirklichkeit klaffen in der Praxis teilweise weit auseinander. 61 Prozent der Lehrer, die in Schulen mit inklusiven Lerngruppen unterrichten, geben an, dass die Lerngruppe für gewöhnlich von einer Person unterrichtet wird. Dass solche inklusiven Lerngruppen für gewöhnlich von zwei Personen unterrichtet werden, äußern 34 Prozent. Wo Letzteres der Fall ist, unterrichtet der Fachlehrer vor allem gemeinsam mit einem Sonderpädagogen (80 Prozent). Deutlich seltener dagegen gemeinsam mit einem anderen Fachlehrer (39 Prozent), einem Lehrer in Ausbildung oder im Praktikum (20 Prozent) oder mit einem Assistenten (14 Prozent). Als besonders fatal sieht es der VBE in diesem Zusammenhang an, dass fast 1.000 der 3.000 Grundschulen keinen Sonderpädagogen haben aber sonderpädagogisch fördern sollen. Nicht einmal die Zusage, dass 50 Prozent des für die allgemeinbildenden Schulen verbleibenden Stellenbudgets für sonderpädagogische Förderung die Grundschulen erhalten, wird derzeit eingehalten. Eine absehbare Konsequenz aus dem unzureichenden Stellenbudget.

Eine harsche Kritik ist die Gesamtbewertung der personellen Ausstattung. Die Mehrheit der Befragten bewertet sie (66 Prozent) mit mangelhaft (43 Prozent) oder sogar mit ungenügend (23 Prozent).

Die personelle Ausstattung ist mangelhaft

20 Prozent geben der personellen Ausstattung die Schulnote 4 (ausreichend), 9 Prozent die Note 3 (befriedigend) und nur 3 Prozent finden die personelle Ausstattung (sehr) gut. Insgesamt vergeben die Lehrer in Nordrhein-Westfalen für die personelle Ausstattung für den inklusiven Unterricht in ihrem Bundesland die Durchschnittsnote 4,8. Beckmann kommentiert: „Wir erkennen an, dass die Landesregierung zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt hat. Aber die Mittel scheinen nach wie vor bei Weitem nicht zu reichen, denn die Zahl der Kinder an Förderschulen geht trotz steigender Inklusionsquote nicht in der erwarteten Weise zurück.“

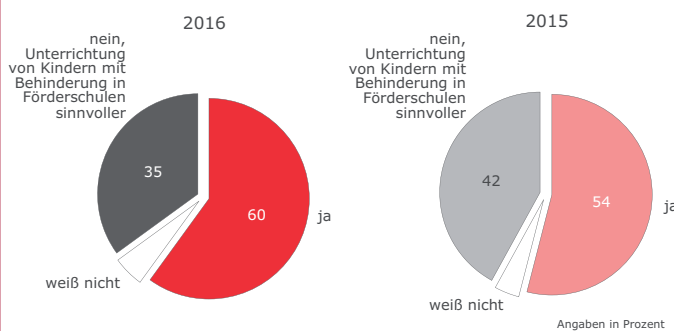
Fortbildungen sind zu schlecht

Die Kritik der Lehrer an der Arbeit mit inklusiven Schulklassen spiegelt sich auch bei der Frage nach dem Fortbildungsangebot wider: Nur 3 Prozent bewerten das Fortbildungsangebot in Nordrhein-Westfalen, um sich auf die Arbeit mit inklusiven Schulklassen vorzubereiten, als (sehr) gut. 16 Prozent der befragten Lehrer beurteilen das Fortbildungsangebot als befriedigend und 22 Prozent als ausreichend. 34 Prozent der befragten Lehrer in Nordrhein-Westfalen vergeben für das Fortbildungsangebot in ihrem Bundesland die Note 5 (mangelhaft) und 20 Prozent sogar die Note 6 (ungenügend). Insgesamt vergeben die Lehrer für das Fortbildungsangebot die Durchschnittsnote 4,5. Ein Punkt, der sich seitens der Landesregierung durch nichts schönreden lässt.

Um ein fundiertes Meinungsbild der Lehrkräfte in NRW zur Inklusion zu ermitteln, hat das Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE-NRW) zum ersten Mal im Jahr 2015 eine bundesweite Repräsentativbefragung unter Lehrern an allgemeinbildenden Schulen durchgeführt. Im Frühjahr 2016 wurde erneut eine Befragung in dieser Zielgruppe durchgeführt. Ziel ist es zu erheben, ob und in welcher Form sich seit der letzten Erhebung Veränderungen in der Bewertung ergeben haben. Insgesamt 501 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen wurden befragt. Die ermittelten Ergebnisse können unter der üblichen Fehlertoleranz (im vorliegenden Fall +/- 4 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Lehrer an allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen übertragen werden.

Gemeinsame Unterrichtung aller Kinder sinnvoll?

Es halten eine gemeinsame Unterrichtung von allen Kindern mit und ohne Behinderung grundsätzlich für sinnvoll



Unter der Voraussetzung, dass die finanzielle und personelle Ausstattung der Schulen in Deutschland für einen inklusiven Unterricht sichergestellt wäre, halten aktuell 60 Prozent der befragten Lehrer in Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame Unterrichtung von allen Kindern mit und ohne Behinderung grundsätzlich für sinnvoll. 35 Prozent der Lehrer halten es trotz oder gerade wegen zwei Jahren Inklusionserfahrung für sinnvoller, Kinder mit einer Behinderung in speziellen Förderschulen zu unterrichten. Damit ist die Akzeptanz einer gemeinsamen Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung unter den Lehrkräften in Nordrhein-Westfalen seit der letzten Befragung 2015 leicht angestiegen. Beckmann findet das naheliegend: „Je mehr Erfahrung man mit einer Veränderung und deren Rahmenbedingungen hat, desto besser kann man ihren Sinn erkennen. Zudem zeigt dieses Ergebnis, dass die Umsetzung der Inklusion nicht an der Haltung der Lehrkräfte scheitert.“

Einstellung zur Inklusion

Für die gemeinsame Unterrichtung von allen Kindern mit und ohne Behinderung spricht laut Umfrage das „Voneinanderlernen“ sowie die bessere Integration von Kindern mit einer Behinderung. Weitere häufig genannte Argumente sind die Förderung von Toleranz gegenüber Kindern mit einer Behinderung sowie die Förderung sozialer Kompetenzen der Schüler. Einige Lehrer weisen allerdings bei dieser Frage auf mögliche Probleme hin: Das Nutzen einer gemeinsamen Unterrichtung hängt demnach von der Art der Behinderung sowie der Mittelausstattung der Schulen ab.

Die häufigsten Gründe, die laut befragter Lehrer gegen die gemeinsame Unterrichtung sprechen, sind, dass die Regelschule den erhöhten Förderbedarf nicht leisten kann, die Überforderung der Kinder mit einer Behinderung sowie die durch Inklusion verursachte Benachteiligung von Kindern ohne Behinderung. Unter den Gründen gegen

Anzeige

Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €

- Glückszins Kredite für Sparfische
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstigster Autokredit

2,77% effektiver Jahreszins

5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center

AK-FINANZ

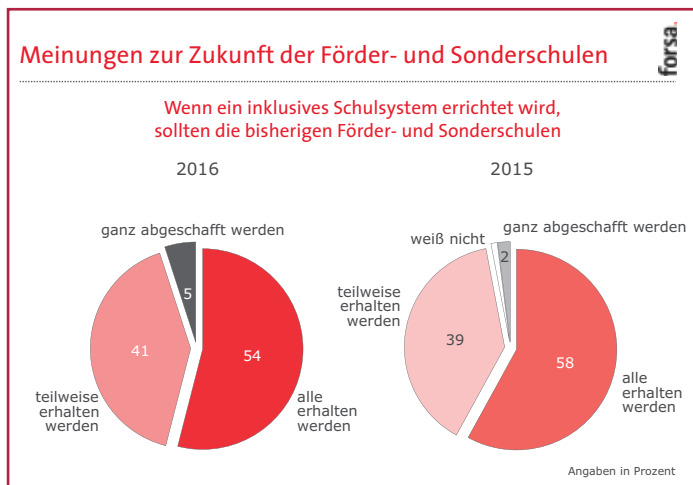
Kapitalvermittlungs-GmbH

E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker

Günstiges Darlehen resp. Bsp.: 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Nettobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Abtissung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.



eine gemeinsame Unterrichtung, die sich auf die fehlenden Rahmenbedingungen beziehen, wird vor allem das fehlende Fachpersonal an Regelschulen und die dafür unzureichende Ausbildung der Lehrer genannt. Zudem werden die fehlende materielle und finanzielle Ausstattung der Schulen als Argumente gegen eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung erwähnt.

Jede zweite Klasse wurde nicht verkleinert

48 Prozent der Lehrer, die an Schulen unterrichten, in denen bereits inklusive Lerngruppen bestehen, geben an, dass die Klassengröße von inklusiven Klassen im Vergleich zu nicht inklusiven Klassen verkleinert worden sei. Ebenfalls 48 Prozent geben an, dass die Klassengröße beibehalten wurde. Nach Angaben von 2 Prozent der Lehrer wurde die Klasse sogar vergrößert. „In jeder zweiten Klasse wurde die Klasse trotz inklusiver Kinder nicht verkleinert. Das halte ich für skandalös“, kommentiert Beckmann.

Nur 12 Prozent der Lehrer beurteilen ihre Schule als vollständig barrierefrei für Schulkinder mit Behinderung. 30 Prozent der nordrhein-westfälischen Lehrer geben an, dass ihre Schule nahezu barrierefrei sei. Ein Großteil der befragten Lehrer (56 Prozent) gibt hingegen an, dass die eigene Schule überhaupt nicht barrierefrei sei. Unterschiede zeigen sich in dieser Frage abhängig von der Schulform.

Die Vorbereitungszeit ist meist zu knapp

Im Hinblick auf die Vorbereitung auf die inklusive Lerngruppe geben 53 Prozent der Lehrer, die selbst eine inklusive Lerngruppe unterrichten, an, dass es zuvor ein Gespräch mit der Schulleitung gegeben habe. 34 Prozent berichten, dass es vor der Übernahme einer inklusiven Lerngruppe ein Gespräch im Kollegium gegeben habe. In 39 Prozent der Fälle gab es kein besonderes Vorgespräch.

Im Hinblick auf die Vorbereitungszeit für das inklusive Unterrichten gibt die Mehrheit der Lehrer (56 Prozent), die an Schulen mit inklusiven Lerngruppen unterrichten, an, dass sie für die Vorbereitung nur wenige Wochen Zeit hatten; 7 Prozent hatten noch weniger Zeit, um sich auf das inklusive Unterrichten vorzubereiten. 20 Prozent geben an, dass sie mehrere Monate Zeit hatten, und 14 Prozent berichten, dass ein Jahr dafür Zeit war. 2 Prozent hatten länger als ein Schuljahr Zeit. Der geringe Grad der Vorbereitung auf inklusiven Unterricht zeigt sich auch bei der Frage nach verschiedenen Maßnahmen.

Fast ein Drittel (31 Prozent) gibt an, dass die unterrichtenden Lehrkräfte bisher noch gar keine Erfahrungen im gemeinsamen Unterricht sammeln konnten. 21 Prozent geben an, dass keine der Lehrkräfte bislang an Lehrerfortbildungen speziell zur Inklusion teilgenommen hätten. Auch eine begleitende Fortbildung zum inklusiven Unterricht wird von 40 Prozent der Lehrer nicht wahrgenommen. Dass die inklusiv unterrichtenden Lehrkräfte an ihrer Schule über keine sonderpädagogischen Kenntnisse verfügen, sagen 54 Prozent der Lehrer. Dass Inklusion ein Teil der Lehrerausbildung war, sagen nur sehr wenige (3 Prozent). „Es ist fast so, als würde ein Hausarzt plötzlich am Operationstisch stehen. Die Grundkenntnisse sind zwar vorhanden, aber es fehlt die fachliche Übung und Vorbereitung“, sagt Beckmann.

Jeder dritte Lehrer hat keinen fachlichen Ansprechpartner

60 Prozent der Lehrer an Schulen mit inklusiven Lerngruppen geben an, dass für Lehrkräfte an ihrer Schule, die in inklusiven Klassen unterrichten, konkrete Ansprechpartner zur Verfügung stehen, um fachlichen Rat einzuholen. 36 Prozent geben an, dass dies nicht der Fall ist.

Gymnasiallehrer geben überdurchschnittlich häufig an, dass es keine konkreten Ansprechpartner gibt. Als Ansprechpartner werden dabei vor allem Sonderpädagogen (72 Prozent) genannt. Weitere Ansprechpartner sind u. a. die Schulleitung (17 Prozent), ein Sozialarbeiter (12 Prozent), andere Kollegen (8 Prozent) sowie ein Förder- bzw. Sonderschullehrer (7 Prozent). Die Schulbehörde, ein Schulpsychologe oder ein Schulpsychologischer Dienst, eine weitergebildete Lehrkraft sowie ein Integrationshelfer werden von je 3 Prozent als weitere Ansprechpartner genannt.

Nur jeder zehnte Lehrer (10 Prozent) an Schulen mit inklusiven Lerngruppen gibt an, dass es an der eigenen Schule Maßnahmen zur Unterstützung bei der Bewältigung von möglichen physischen oder psychischen Belastungen durch die inklusive Unterrichtung gebe. 85 Prozent der Lehrer geben an, dass es keine derartigen Unterstützungsmaßnahmen gebe. Fazit: Das Ergebnis ist erneut eine schallende Ohrfeige für die Landesregierung. Die durch die Landesregierung immer wieder verkündeten Verbesserungen kommen in den Schulen nicht an. Wenn die Landesregierung nicht endlich bereit ist, den erforderlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, wird sie das Projekt schulische Inklusion vor die Wand fahren.

Forderungen des VBE:

- Sicherstellung einer weitgehenden Doppelbesetzung aus Sonderpädagoge und Regelschullehrkraft in inklusiven Lerngruppen (+7.000 Stellen)
- qualitative und quantitative Verbesserung des Fortbildungsangebots
- deutlich kleinere Lerngruppen
- hinreichend Zeit zur Vorbereitung auf das Arbeiten in inklusiven Klassen und Zeitressourcen für die Arbeit im Klassenteam
- Bereitstellung der räumlichen und sächlichen Voraussetzung durch die Schulträger.

Inklusion im Spielzeugland

Jetzt gibt es sehbehinderte Puppen und Legofiguren im Rollstuhl.

Sie waren der Renner auf der Spielzeugmesse 2016: Barbies in Normalmaßen und Legofiguren im Rollstuhl. Die großen Spielzeughersteller reagieren damit auf Kritiker, die Ihnen Ideenlosigkeit und Klischees vorwerfen. Bleibt die Frage, ob diese Produkte sich großflächig durchsetzen können.

Spindeldürre Barbies und muskulöse Actionhelden stehen schon lange in der Kritik pädagogisch kontraproduktiv zu sein. Zur Bildung eines inklusiven Weltbildes ist dieses Spielzeug zumindest kaum geeignet. Denn welches Kind kann sich mit solch unerreichbaren Heldenfiguren schon identifizieren, vor allem wenn das eigene Selbstbewusstsein nicht riesig ist oder das Kind selbst mit Beeinträchtigungen leben muss?, mahnen Kritiker. Authentische Vorbilder würden dagegen Kinder in ihrem Selbstwertgefühl stärken. Eine Gruppe von Eltern macht mit der Aktion „Toy Like Me“ seit einigen Monaten im Internet auf dieses Problem aufmerksam. Einige Hersteller haben mittlerweile aber, unabhängig davon, ungewöhnliche Angebote, die jedem Inklusionspädagogen begeistern würden.

Eine Auswahl:

Der britische Spielzeughersteller Makie bietet individuelle Puppen nach Maß direkt aus dem 3-D-Drucker, konfigurierbar mit Behinderungen. Wie hier (Foto rechts) als sehbehinderte Brillenträgerpuppe mit Taststock, mit Hörgerät oder mit Feuermal im Gesicht.

Manchmal ist der erste Schritt zur Inklusion Vielfalt. Hersteller Mattel auf dem Weg zur Normalität: Barbies gibt es jetzt in Normalmaßen, also auch mit breiten Hüften, kürzeren Beinen und vermehrt in verschiedenen Haut- und Haarfarben.

Das Lego-Set „Stadtbewohner“, zu dem der Rollstuhlfahrer gehört, erscheint im Juli 2016. (siehe Bild unten)



© Mattel

Fazit:

Spielzeug soll die Welt der Kinder widerspiegeln und ihnen den Umgang damit spielerisch erleichtern. Diese Produkte kommen der wahren Lebenswelt der Kinder wohl näher als viele andere Spielzeuge und verschaffen dem Unperfekten so zu mehr Normalität. Behinderten- und Gleichstellungsverbände begrüßen diese Entwicklung. Der Sprecher des Behindertenverbandes „Sozialhelden“ lobte das Unternehmen „Lego“ in der „Süddeutschen Zeitung“ vor allem dafür, dass der Rollstuhlfahrer nicht im Krankenhaus-Set enthalten ist, sondern im City-Set, also in einem alltäglichen Umfeld. Das seien gute Bedingungen dafür, dass gewohnte Sichtweisen verändert werden können.

Ob diese Produkte aber keine Nischenprodukte bleiben, sondern tatsächlich die Kinder erreichen und damit stereotype Bilder von Männern, Frauen, Gesunden oder Kranken aufbrechen, hängt vor allem von den Eltern ab. Die sind kritischer geworden und reflektieren ihre Kaufentscheidungen mehr, heißt es jedenfalls von Barbiehersteller Mattel. Das wäre zumindest eine Erklärung dafür, dass der Umsatz des Spielzeugherstellers seit 2012 um etwa 20 Prozent eingebrochen ist. Gute Voraussetzungen also, um verhalten optimistisch ins Spielzeugland zu blicken.

Nina Braun



© lego.com

Personalvertretung braucht Ausdauer – „oft mit den Zähnen geknirscht“

Wiebke Poth tritt für die Grundschulen an, Armin Busse für die Realschulen und Udo Beckmann für die Hauptschulen: Uns erzählen die Spitzenkandidaten für den Hauptpersonalrat (HPR) beim Schulministerium, welche Schwerpunkte sie setzen möchten und was sie persönlich antreibt, zu kandidieren.

Grundschule

Wiebke Poth

Lehrerin

Landweherschule,
Oberhausen



Sie sind Spitzenkandidatin des VBE für den Hauptpersonalrat bei der Personalratswahl 2016. Was möchten Sie für die Lehrer erreichen?

Poth: Ich habe natürlich besonders die Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen im Blick. Da gibt es leider noch vieles, für das ich mich einsetzen kann und möchte. Um nur ein paar Stichwörter zu nennen: Anrechnungsstunden, Beförderungsämtel, nicht zuletzt die Bezahlung. Die Umsetzung von Inklusion liegt mir besonders am Herzen. Ich erlebe in meiner täglichen Arbeit, wie sehr sich die Kolleginnen und Kollegen in den Grundschulen für die Kinder einsetzen. Bei den bestehenden Rahmenbedingungen stoßen Sie leider immer wieder an ihre Grenzen. Da gibt es noch viel zu tun.

Personalratsarbeit ist nicht immer unkompliziert. Was waren bisher die schwierigsten Situationen, die Sie überwinden mussten?

Poth: Die schwierigste Situation war sicherlich, als im vorletzten Jahr der damalige Vorsitzende des Hauptpersonalrates Grundschule, Hans-Gerd Scheidle, schwer erkrankte und ich von heute auf morgen alle Geschäfte eigenverantwortlich übernehmen musste. Der Druck war enorm. Aber ich habe schon oft die Erfahrung gemacht, dass man tatsächlich mit seinen Anforderungen wächst. Heute bin ich stolz darauf, dass ich diese schwierige Zeit überstanden habe.

In welcher Situation haben Sie aufgegeben? Und auf welchen Erfolg sind Sie im Nachhinein besonders stolz?

Poth: In die Situation, dass ich aufgeben musste, bin ich noch nicht gekommen. Es gab immer einen Weg. Ich nehme die Dinge so wie sie kommen und versuche das Beste daraus zu machen. Einer Kollegin konnte ich einmal ganz konkret zu ihrer Versetzung verhelfen. Sie hatte vergessen, beim Antrag eine wichtige Angabe zu machen. Da ich diese Information hatte, konnte ich sie bei der Versetzungs-

konferenz einbringen, und die Kollegin wurde versetzt. Das hört sich wie eine kleine Sache an, hat mir aber gezeigt, wie wichtig unsere Arbeit ist.

Ein Rückblick auf die letzten Jahre: Wie hat sich die Arbeit, der Arbeitsplatz für Lehrer verändert?

Poth: Das Stichwort „Inklusion“ habe ich ja schon genannt, auch die große Anzahl an zugewanderten Kindern stellt eine enorme Herausforderung dar. Überhaupt sind die Klassen heterogener geworden. Was mich betrübt ist, dass unsere Profession immer mehr um ihre Anerkennung kämpfen muss. Früher zählte noch, was die Lehrerin gesagt hat. Heute müssen wir viel dafür tun, um respektiert zu werden, bei den Kindern, den Eltern und den Kollegen der anderen Schulformen.

Ein Personalrat sollte den Alltag der Menschen kennen, die er oder sie vertritt: Warum sind Sie Lehrkraft geworden und was motiviert Sie, jeden Tag mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten?

Poth: Grundschullehrerin ist immer noch mein Traumberuf. Vor allem in meinem Fach Musik genieße ich es, den Kindern Erfolgserlebnisse zu verschaffen und neue Erfahrungen zu ermöglichen. Die berühmten glänzenden Kinderaugen, wenn wir zusammen musizieren. Kinder geben auch immer direkt ehrliches Feedback. Man merkt sofort, ob etwas gut oder schlecht war. Ich lache gerne mit den Kindern. Ich möchte, dass sie sich in der Schule wohl- und sicherfühlen. Wenn das gelingt, fühle ich mich auch gut.

Warum ist der VBE für Sie ganz persönlich die richtige Interessenvertretung?

Poth: Als ich als LAA in den VBE eintrat, war mir nicht klar, dass ich mich mal so stark mit dem Verband identifizieren würde. Der VBE lebt durch die Menschen, die ihn vertreten. Viele von ihnen haben mich sehr beeindruckt und geprägt. Das beginnt bei meinem Stadtverband in Oberhausen, aus dem ich komme und immer noch aktiv bin, und geht bis zum Landesvorstand in Dortmund, wo wir landesweit und schulformübergreifend denken und gestalten. Ich freue mich, dass ich Teil des Ganzen sein darf und vertrete den VBE gerne und hoffe, dass durch mich wieder andere zum VBE finden.



Realschule

Armin Busse

Lehrer

Ludwig-Uhland-Realschule,
Lünen

Sie sind Spitzenkandidat des VBE für den Hauptpersonalrat bei der Personalratswahl 2016. Was möchten Sie für die Lehrer erreichen?

Busse: Unter den Schulformen der Sekundarstufe I hat unsere eine unrühmliche Spitzenstellung – durch die Kombination der a) hohen Wochenstundenzahl mit der b) schlechtesten Relation von Schülerinnen und Schülern pro Lehrkraft. Dies erzeugt mit Blick auf individuelle Förderung, Inklusion, Integration und der mehr als ungewissen Bestandszukunft der einzelnen Realschulen einen bitteren Grundgeschmack. Und für viele von uns kommen seit jeher die unverhältnismäßig zeitraubenden Korrekturen noch hinzu. Über längere Zeit hinweg kann man allein mit Herzblut für die Kinder und Jugendlichen diese unzumutbaren Arbeitsbedingungen nicht mehr übertünchen. Deshalb müssen sich viele von uns trotz der Folgen für ihre Bezüge mit angegriffener Gesundheit in Teilzeit flüchten oder sich mit vorzeitigem Ruhestand abfinden. Da haben wir eine Menge zu tun.

Personalratsarbeit ist nicht immer unkompliziert. Was waren bisher die schwierigsten Situationen, die Sie überwinden mussten?

Busse: im Bereich Realschule haben wir uns als Pioniere betätigt, da wir als VBE im Jahr 2012 zum ersten Mal und sehr erfolgreich für die Realschule angetreten sind. Wir alle mussten uns auf neues Terrain begeben, PR-Profile entwickeln, Netzwerke aufbauen usw. Und bedingt durch das Auslaufen zahlreicher Realschulen sind dann auch noch leider mehrere sehr engagierte VBE-HPR-Mitglieder ausgeschieden. Das Einarbeiten und Hineinfinden war dann etwas schwierig, ich habe es aber gerne gemacht. Ich erwähne dies, weil sowohl diese ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen als auch die VBE-Personalratsmitglieder der anderen Schulformen mir mit Rat und Tat zur Seite standen, sodass ich einen guten Job machen kann ... und das bei ihnen allen mit einer Selbstverständlichkeit, die aus meiner Sicht ihresgleichen sucht.

In welcher Situation haben Sie aufgegeben? Und auf welchen Erfolg sind Sie im Nachhinein besonders stolz?

Busse: Ich habe so manches Mal konsterniert mit den Zähnen geknirscht, wenn Änderungen in Gesetzform festgelegt wurden – ohne hinreichende Mittel für eine vernünftige Umsetzung. „Kostenneutral“ ist in diesem Zusammenhang mein persönliches Unwort der letzten Jahre. Aufgeben tun wir deshalb aber nicht. Und Stolz auf einen Erfolg? Das ist da für mich der falsche Begriff. Es ist eher eine Art Zufriedenheit, die sich einstellt, wenn wir im HPR etwas richtigstellen können oder nicht bedachte negative Folgen eingrenzen oder gar verhindern können, und ich mir vorstelle, welche Folgen es sonst für viele von uns gehabt hätte. Doch so etwas ist meist sowieso

Produkt einer Zusammenarbeit, mit dem Verband, im Personalrat und schließlich auch mit Vertretern des MSW ... und verdeutlicht mir immer wieder, wie wichtig und zwingend erforderlich die Arbeit der Personalräte und meines Verbandes ist. Das macht mich für ein paar Momente zufrieden, bevor es dann weitergeht.

Ein Rückblick auf die letzten Jahre: Wie hat sich die Arbeit, der Arbeitsplatz für Lehrer verändert?

Busse: Unsere Kerntätigkeit soll das Unterrichten sein. Doch ich habe den Eindruck, dass wir das eigentlich gar nicht mehr so erleben, sondern ständig gezwungen werden, uns hauptsächlich mit verwaltenden Tätigkeiten zu beschäftigen, uns immer wieder anders zwar mit Unterricht zu befassen, aber zu sehr in Form von Theorien, Paradigmen, „Reformen“ und geänderten Rahmenbedingungen. Um Kinder zu unterrichten und auf sie einzugehen, muss man einen bestimmten Zustand erreichen, der zunächst in seiner Basis Routine sein muss, damit wir dann sehen können, wo und wie wir Unterricht für genau die Kinder verbessern können, um sie möglichst gut zu fördern. Dies scheint mir für viele von uns zu wenig möglich.

Ein Personalrat sollte den Alltag der Menschen kennen, die er oder sie vertritt: Warum sind Sie Lehrkraft geworden und was motiviert Sie, jeden Tag mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten?

Busse: Einerseits bin und werde ich wohl immer von meinen Fächern Deutsch, Biologie fasziniert sein, die es in einem außergewöhnlichen Maße ermöglichen, Mensch und Welt zu verstehen und immer Neues bieten. Andererseits habe ich mich schon seit jeher gerne mit anderen über Wissen, Folgerungen und Ansichten ausgetauscht, und die Kinder und Jugendlichen sind – auch wenn das oft anders erscheint – neugierig und offen. Mit wem könnte ich besser arbeiten für den Erhalt von Mensch und Welt?

Warum ist der VBE für Sie ganz persönlich die richtige Interessenvertretung?

Busse: Mir fällt das Beispiel ein, bei dem die Dienststelle und ich unterschiedliche Auffassungen im Hinblick auf den Endtermin meiner Elternzeit hatten. Mithilfe der Beratung durch die Justiziere des VBE konnte ich die Dienststelle von meiner Sichtweise mit guten Argumenten überzeugen und so u. a. auch finanzielle Einbußen verhindern. Und nicht nur dabei habe ich – von meinem Stadtverband Dortmund bis zum Landesvorstand und der Landesgeschäftsstelle – den VBE als Kombination von Herzlichkeit, Kompetenz und Beharrlichkeit erlebt.



Hauptschule

Udo Beckmann

Rektor

Schulamt Dortmund

Sie sind Spitzenkandidat des VBE für den Hauptpersonalrat bei der Personalratswahl 2016. Was möchten Sie für die Lehrer erreichen?

Beckmann: Auch wenn sich die Zahl der bestehenden 485 Hauptschulen in kürzester Zeit halbieren wird, leisten die Schulform Hauptschule und die dort beschäftigten Lehrkräfte einen überproportional großen Beitrag zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen Inklusion und Integration. Ich fordere daher, dem endlich Rechnung zu tragen, durch die Absenkung der Unterrichtsverpflichtung auf 25,5 Wochenstunden, die Deckelung der Lerngruppengrößen auf 20 bei Doppelzählung von Schülern mit besonderem Förderbedarf, die besondere Unterstützung durch Sozialpädagogen, die Anhebung der Eingangsbesoldung auf A 13/EG 13 analog zum Gymnasium, die Anhebung der Zahl der Beförderungsstellen auf 40 Prozent der Grundstellen analog zur Realschule und vorrangige Berücksichtigung bei Versetzungen in andere Schulformen von Lehrkräften an aufzulösenden Schulen.

Personalratsarbeit ist nicht immer unkompliziert. Was waren bisher die schwierigsten Situationen, die Sie überwinden mussten?

Beckmann: EINE ganz besondere Herausforderung ist für mich die Schließungswelle von Hauptschulen, die mit dem Verlust des bisherigen Arbeitsplatzes vieler Kolleginnen und Kollegen einhergeht. Hier ist es mir wichtig, sozialverträgliche Lösungen zu erreichen. In diesem Zusammenhang bin ich stolz darauf, dass wir hierzu mit dem MSW verbindliche „Leitlinien für Personalmaßnahmen bei schulorganisatorischen Veränderungen“ vereinbaren konnten.

In welcher Situation haben Sie aufgegeben? Und auf welchen Erfolg sind Sie im Nachhinein besonders stolz?

Beckmann: ich gebe nie auf. Wenn ich merke, dass ein Weg nicht funktioniert, suche ich andere Wege, um zum Ziel zu kommen, um Lösungen zu finden, Dabei habe ich einen sehr langen Atem. Stolz bin ich besonders darauf, dass wir erreicht haben, in NRW wieder ein modernes Personalvertretungsrecht zu haben.

Ein Rückblick auf die letzten Jahre: Wie hat sich die Arbeit, der Arbeitsplatz für Lehrer verändert?

Beckmann: Die Hauptschule ist immer mehr zu einer Schule für schwierige Fälle geworden. Von den 100.000 Schülerinnen und Schülern an den Hauptschulen haben über 8.000 einen festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf, davon über 2.300 mit emotionalen sozialen Entwicklungsstörungen. Darüber hinaus nimmt die Hauptschule immer mehr Schülerinnen und Schüler auf, die aufgrund ihrer soziokulturellen Herkunft besonders belastet sind. Besonders erschwert wird diese Situation durch einen wachsenden Fachlehrermangel.

Ein Personalrat sollte den Alltag der Menschen kennen, die er oder sie vertritt: Warum sind Sie Lehrkraft geworden und was motiviert Sie, jeden Tag mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten?

Beckmann: Ich bin Lehrer geworden, weil ich die Aufgabe, mit dazu beizutragen, dass Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürgern heranwachsen, mehr als spannend finde. Als ich mich dann entscheiden musste, zwischen der Verbandsarbeit und der Arbeit an der Schule, ist mir das wirklich schwergefallen.

Warum ist der VBE für Sie ganz persönlich die richtige Interessenvertretung?

Beckmann: Ich bin zum VBE gekommen, weil ich in einer schwierigen beruflichen Situation im VBE Menschen kennengelernt habe, die sich ehrenamtlich für mich eingesetzt und mir geholfen haben. Das hat mich begeistert und inspiriert, mich selbst zu engagieren. Damit auch die Rahmenbedingungen des Lehrerberufs immer besser zu dem schönsten Job der Welt passen.

Die Fragen stellte Nina Braun

Anzeige

Z A R B

Arbeitsblätter kreativ und schnell erstellen



Lösung
2 ZARB
4 IST
3 EINFACH
1 GENIAL

Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte
Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltags-taugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.
So macht die Unterrichtsvorbereitung Spaß!

hans zybura software
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.453 66 590
Fax 0521.453 66 559 · info@zybura.com · www.zybura.com

Personalratswahl 2016: Wählen gehen!

Mehr Informationen zur Personalratswahl unter
www.personalratswahl.de



Wir richten uns nicht nach den Maßstäben
einer modernen Rechtsschutz-Versicherung.
Wir definieren sie.

ROLAND. Der Rechtsschutz-Versicherer.

Was erwarten Sie von Ihrer Rechtsschutz-Versicherung?

Die beste Problemlösung in allen rechtlichen Angelegenheiten!

ROLAND bietet Ihnen das vollständige Leistungsspektrum. Von Prävention über Rechtsschutz bis zur Mediation. Von der Prozessfinanzierung bis zu Assistance-Leistungen. Für Privatkunden und Unternehmen – wir kämpfen für Ihr gutes Recht. Seit 1957 unser Versprechen. www.roland-gruppe.de

RECHTSSCHUTZ | PROZESSFINANZ | ASSISTANCE



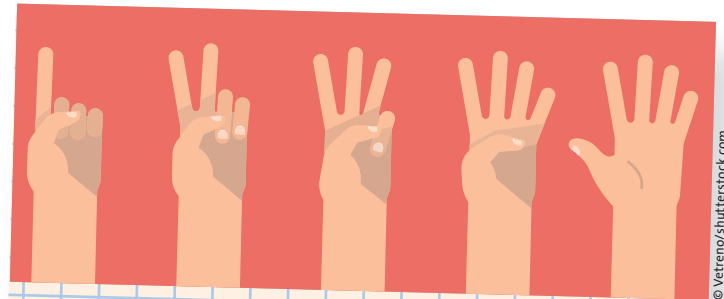
Alles, was Sie wissen müssen, erfahren Sie bei Ihrem persönlichen AXA DBV Betreuer ganz in Ihrer Nähe.

Schüler profitieren vom Auslandsjahr

Ein Auslandsjahr erweitert den Horizont und kann für die persönliche Entwicklung Jugendlicher ungemein förderlich sein. Zu diesem Schluss kommen jetzt Psychologen der Universität Jena, die im Rahmen des Projektes *Personality, Identity and Relationship Experiences in Adolescent Trajectories (PIRATS)* untersucht haben, welche Auswirkung die Auslandserfahrung auf die Persönlichkeitsentwicklung von Schülerinnen und Schülern hat. Auch Wirtschaft und Gesellschaft profitierten nach Meinung der Forscher von den Erfahrungen, die Schülerinnen und Schüler im Ausland erwerben. Austausch- und Förderprogramme sollten allerdings breiter aufgestellt werden.



© Gilles Paire / Shutterstock.com



© Vetrino/shutterstock.com

Besser in Mathe: Bloß nicht die Finger weglassen

Wenn Schüler mit den Fingern rechnen, unterstellen Lehrer oft mangelnde mathematische Begabung. Aber das ist falsch, sagen Forscher aus den USA. Die Wissenschaftler sind überzeugt: Visuelle Hilfen wie die eigenen Finger haben eine Schlüsselfunktion, wenn es darum geht, Mathematik zu verstehen und zu unterrichten. „Wir ‚sehen‘ in unserem Gehirn ein Abbild unserer Finger, selbst wenn wir die Hände gar nicht zum Rechnen benutzen. Das gilt auch, wenn wir längst aus dem Alter heraus sind, dass wir Dinge mit unseren Fingern abzählen“, so Jo Boaler, Professorin für Mathedidaktik an der amerikanischen Universität Stanford.

Flüchtlinge auf dem Weg an die Hochschule unterstützen

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) engagieren sich für eine schnelle Integration und unterstützen daher junge Talente, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, auf dem Weg in ein Studium: Sie können künftig kostenfrei einen Studierfähigkeitstest ablegen und ihre Bewerbungen für Studienplätze einreichen. „Unter den Geflüchteten sind viele, die die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium mitbringen. Wer das Zeug dazu hat, soll bei uns studieren können. Deshalb ebnen wir den Zugang zu den Hochschulen und übernehmen die Gebühren für Prüfverfahren und Tests, die Flüchtlinge absolvieren müssen, damit ihre Sprach- und Fachkenntnisse sowie ihre Zeugnisse eingestuft werden können“, so Bildungsministerin Johanna Wanka.



© Monkey Business Images / Shutterstock.com

Countdown für „Starke Schulen“:

Noch bis 5. Juni bewerben

Der größte deutsche Schulwettbewerb geht in die Verlängerung: Noch bis Anfang Juni sind bundesweit rund 8.500 Schulen eingeladen, sich bei „Starke Schule“ zu beteiligen. Bewerben können sich alle weiterführenden Schulen außer Gymnasien und Berufsschulen, die ihren Jugendlichen eine gute schulische Basis für ihre berufliche Entwicklung vermitteln.

„Starke Schule“ wird von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung mit Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Bank Stiftung realisiert; alle Kultusministerien unterstützen das Programm. Insgesamt werden Preisgelder in Höhe von 220.000 Euro vergeben. Die ausgezeichneten Schulen profitieren außerdem von der Aufnahme in das Netzwerk mit Fortbildungsangeboten zu Unterrichts-, Organisations- und Personalentwicklung.

**Der Bewerbungszeitraum wurde verlängert
bis zum 5. Juni: www.starkeschule.de**



© goodluz/shutterstock.com



NEU FÜR DBB-MITGLIEDER
Verkehrs-Rechtsschutz
schon ab 35,00 Euro/Jahr

Verkehrs-Rechtsschutz mit Top-Leistung

Damit Sie privat und dienstlich abgesichert sind

Mit der HUK-COBURG fahren dbb-Mitglieder sicher, gut und günstig:

Verkehrs-Rechtsschutz abschließen

Versichern Sie ein bestimmtes Fahrzeug oder alle Fahrzeuge der Familie! In jedem Fall sind Sie auch als Fahrer eines fremden Fahrzeugs geschützt – zum Beispiel in einem Dienst- oder Behördenwagen.

Auch in der Autoversicherung niedrige Beiträge zahlen

Der Verkehrs-Rechtsschutz ist die optimale Ergänzung zu Ihrer HUK-COBURG-Autoversicherung. Günstige Beiträge, faire Bedingungen und guter Service überzeugen: Aktuell sind bereits mehr als 10 Millionen Fahrzeuge bei uns versichert. Und als dbb-Mitglied profitieren Sie erst recht:

25-Euro-Bonus mitnehmen

dbb-Mitglieder erhalten einmalig 25 Euro, wenn sie als Neukunde ihren Pkw bei der HUK-COBURG haftpflchtig versichern.

Angebot anfordern

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder auf www.HUK.de. Oder rufen Sie an: 0800 2 153153 – kostenlos aus deutschen Telefonnetzen.



Fragen und Antworten rund um das Thema Schulrecht

In dieser Artikelreihe geben unsere Justiziere Antworten auf die brennendsten Fragen von Lehrkräften, die uns immer wieder in unserem Alltagsgeschäft begegnen.

Das Problem:

Ich arbeite an einer Hauptschule und habe nun erfahren, dass ein Schüler (16 Jahre alt) in meinem Unterricht gefilmt hat. Das Video hat er bei YouTube hochgeladen. Man kann mich auf dem Video zwar nicht sehen, aber man hört mich eindeutig. Was kann ich dagegen tun?



Die Antwort:

Zunächst einmal sollten Sie dafür sorgen, dass das Video bei YouTube gelöscht wird. Hierzu müssen Sie sich an den Betreiber der Internetplattform, in Ihrem Fall YouTube, wenden und verlangen, dass diese das Video entfernen.

Durch das Einstellen des Videos wurden Sie in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt. Dies gilt

auch, obwohl Sie nicht auf dem Video zu sehen sind. Sie haben also einen Anspruch auf Entfernen des Videos. Zudem hat der Schüler sich hier strafbar gemacht. Dies folgt aus § 201 StGB (Strafgesetzbuch).

Hiernach ist jede unbefugte Aufnahme des nicht öffentlich gesprochenen Wortes verboten. Da es sich bei dem Unterricht vor einer Klasse um einen abgrenzbaren Personenkreis handelt, ist der Unterricht nicht öffentlich und damit das hier gesprochene Wort geschützt. Der Schüler hat schon mit der Aufnahme des Videos, auf dem Sie zu hören sind, eine Rechtsverletzung und eine Straftat begangen. Da der Schüler bereits 16 Jahre alt ist, kann dieser auch strafrechtlich verfolgt werden. Eine Anzeige ist möglich, ich halte aber meist eine schulrechtliche Ordnungsmaßnahme für ausreichend.

Des Weiteren könnten Sie auch eine Aufklärungsstunde in der Schule halten und hier die Schülerinnen und Schüler darüber informieren, dass es sich bei solchen Dingen um Persönlichkeitsrechtsverletzungen und teilweise sogar Straftaten handelt und nicht etwa um ein Kavaliersdelikt.

*RA Inka Schmidtchen,
Justiziarin VBE NRW*

Das Problem:

Ein katholisch getauftes Kind wird an der einzigen Bekenntnisschule der Stadt angemeldet. Die Schulleiterin lehnte den Antrag ab. Die Begründung: Die Zahl der Anmeldungen, 63, übersteige die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze, 58. Das Kind stehe auf Platz 60 der Anmeldequeue. Nach dem Runderlass des MSW vom 16. Mai 2014 (ABl. NRW S. 289) sei die Bevorzugung aufgrund des Bekenntnisses aufgehoben. Die Eltern klagen auf Aufnahme aufgrund des Bekenntnisses.



Die Antwort:

Das OVG Münster (21. März 2016, Az.: 19B996/15) hat den Fall zugunsten des Antragstellers entschieden und die Entscheidung der Schule als fehlerhaft bewertet.

Rechtsgrundlage für die Schulaufnahme ist § 46 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 SchulG NRW.

Nach § 46 Abs. 1 Satz 1 SchulG NRW entscheidet die Schulleiterin über die Aufnahme des Schülers. Nach § 46 Abs. 3 Satz 1 SchulG NRW und § 1 Abs. 2 Satz 1 AO-GS hat jedes Kind

einen Anspruch auf Aufnahme in die seiner Wohnung nächstgelegene Grundschule im Rahmen der vom Schulträger festgelegten Aufnahmekapazität. Bei einem Anmeldeüberhang führt die Schule ein Verfahren durch, bei dem Härtefälle berücksichtigt und weitere Aufnahmekriterien herangezogen werden, (z. B. „Geschwisterkinder“ und „Schulwege“).

Bei Bekenntnisgrundschulen ist dieses Ermessen aus Gründen vorrangigen Landesverfassungsrechts weiterhin eingeschränkt, sodass die Schulleiterin den Aufnahmeantrag eines formell bekenntnisangehörigen Kindes vorrangig berücksichtigen muss. Die genannten Aufnahmekriterien darf sie für einen solchen Antrag nur heranziehen, wenn sich der Anmeldeüberhang ausschließlich aus Anmeldungen bekenntnisangehöriger Kinder ergibt. Der vom Antragsgegner genannte Runderlass des MSW spielt bei dieser Entscheidung keine Rolle, da der Anspruch sich aus den Vorschriften des SchulG und der Landesverfassung ergibt.

*RA Martin Kieslinger,
Ltd. Justiziar VBE NRW*

Beratung

Als Mitglied des VBE NRW können Sie sich bei versorgungsrechtlichen Fragen an die Rechtsabteilung des VBE wenden. Eine Berechnung des Ruhegehalts bei Pensionierungen oder Dienstunfähigkeit ist ebenfalls kostenlos möglich. Wenden Sie sich dazu bitte unsere Mitarbeiterin in der VBE-Geschäftsstelle, Andrea Schubert: a.schubert@vbe-nrw.de

Das Referat Tarifrecht: Höhergruppierung und Angleichungszulage – FRISTEN BEACHTEN



Um mögliche Vorteile aus der am 1. August 2015 in Kraft getretenen TV-Entgeltordnung zu nutzen, müssen betroffene Lehrkräfte einen Antrag stellen.

Nachdem die TV EntgO-L zum 1. August 2015 in Kraft getreten ist und auch weitergehende Korrekturen durch den ersten Änderungstarifvertrag von dbb/VBE erreicht werden konnten, ist es nun an der Zeit, die wichtigsten Verbesserungen in den Fokus zu rücken: Die Höhergruppierung und die Angleichungszulage. Anspruch auf die Zahlung einer Angleichungszulage haben Lehrkräfte in der Tätigkeit von beamteten Lehrkräften mit Lehramtsausbildung und Fachlehrern von EG7 bis EG11.

Für Kolleginnen und Kollegen, die vor dem 1. August 2015 eingestellt wurden, sind Fristen einzuhalten. Daher ist eine zeitnahe Beschäftigung mit dem Thema besonders wichtig.

Für eine Höhergruppierung gibt es drei Möglichkeiten:

1. Wenn die Entgeltordnung für Lehrkräfte (rückwirkend zum 1. August 2015) eine höhere Entgeltgruppe für die ausgeübte Tätigkeit vorsieht. Hierfür ist eine Anfrage an die aktenführende Dienststelle sinnvoll. Einen Musterfragebogen für die Dienststelle finden sie auf dieser Seite. Der Antrag für die Höhergruppierung ist bis zum 31. Juli 2016 zu stellen.
2. Eine Höhergruppierung ist zudem möglich, wenn für die entsprechenden verbeamteten Lehrkräfte auch Beförderungsmöglichkeiten vorgesehen sind. Dies betrifft vorwiegend die Entgeltgruppen EG14 und EG15.
3. Zu guter Letzt ist eine schrittweise Höhergruppierung auch durch den Antrag auf die Zahlung einer Angleichungszulage möglich. Diese wird in Höhe von zunächst 30 Euro pauschal dem Gehalt hinzugerechnet, wenn Sie diese bis zum 31. Juli 2017 beantragen.

Erreichen Sie durch die Angleichungszulage (und ihre künftigen Erhöhungen) betragsmäßig die nächsthöhere Entgeltgruppe, kann auch formal eine Höhergruppierung erfolgen. Da in diesem Zusammenhang jedoch Stufenlaufzeiten, die Bemessung der Jahressonderzahlung und die eventuell noch vollzogene Zahlung eines Strukturausgleiches (Gehaltsabrechnung) zu beachten sind, holen Sie mithilfe unseres Musterfragebogens bei Ihrer Dienststelle die nötigen Informationen ein.

Personalnummer xy

z. Hd. der aktenführenden Dienststelle
Sehr geehrte Damen und Herren,
unter Bezugnahme auf die zum 1. August 2015 in Kraft getretene Lehrkräfte-Entgeltordnung erbitte ich zeitnah Auskunft über nachfolgende Punkte (Antragsfrist Höhergruppierung endet am 31.07.2016):

1. Besteht für mich die Möglichkeit einer Höhergruppierung ab dem 1. August 2015?
2. Bestehen die Voraussetzungen zum Bezug einer Angleichungszulage ab dem 1. August 2016?
3. Sofern ich meine Endstufe noch nicht erreicht habe, zu welchem Termin wird mein Einstieg in die nächsthöhere Stufe meiner derzeitigen Entgeltgruppe erfolgen?

Für den Fall, dass nach Prüfung meiner Anfrage eine Höhergruppierung/ Angleichungszulage in Betracht kommt, bitte ich darum, diese Anfrage als entsprechenden Antrag zu bewerten.

Für den Fall, dass eine Höhergruppierung/ Angleichungszulage nicht in Betracht kommt, bitte ich dennoch um eine kurze Rückmeldung, damit die Angelegenheit abgeschlossen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
xxx

Mit diesen können Sie auf eigens eingerichteten Veranstaltungen des VBE eine fundierte Beratung erhalten. Ist ein Besuch aus organisatorischen Gründen nicht möglich, stehen Ihnen Ihre VBE-Referenten zum Tarifrecht gerne persönlich Rede und Antwort (siehe Kontaktmöglichkeit unten). Denn nicht nur aufgrund der Ausschlussfrist gilt: **Wir setzen uns für Sie ein!**

Leitung Referat Tarifrecht

Andrea Leroy (a.leroy@vbe-nrw.de)

Für den Bezirk Arnsberg

Dietmar Werner (d.werner@vbe-nrw.de)

Für den Bezirk Detmold

Britta Rötter (b.roetter@vbe-nrw.de)

Für den Bezirk Düsseldorf

Nora Pricking (n.pricking@vbe-nrw.de)

Für den Bezirk Köln

Daniel Peterhoff (d.peterhoff@vbe-nrw.de)

Für den Bezirk Münster

Nicole Böddeker (n.boeddeker@vbe-nrw.de)



Kennt sich aus mit harten Jungs: Jens Weidner ist Kriminologe und Pädagoge.

So setzen Sie sich durch:

Fünf – nicht ganz ernst gemeinte – Tipps für gesunde Aggressivität

Hand aufs Herz: Für viele Pädagogen ist Aggressivität etwas Schlechtes. Was im Privaten meist zutrifft, gilt aber nicht für den Beruf. Denn wer erfolgreich sein will, muss sich durchsetzen können. „One evil action every day keeps the psychiatrist away“, sagt der Kriminologe und Erziehungswissenschaftler Professor Jens Weidner. Er rät zu einer gesunden Mischung aus 80 Prozent Teamorientierung und Fairness und 20 Prozent bissiger Aggression. Fünf Tipps, die der Wissenschaftler in seinem Vortrag auf dem Deutschen Schulleiterkongress den Teilnehmern und Teilnehmerinnen mit einem Augenzwinkern mit auf den Weg gab.

1. Verabschieden Sie sich von der „nice guy attitude“, wenn Sie mit Menschen arbeiten, die Freundlichkeit als Schwäche interpretieren. Weidner illustriert das mit einem Beispiel aus seiner eigenen Arbeit.
2. Durchschauen Sie Machtspiele. Erstaunlich, aber manchmal reicht es schon, andere Menschen einfach darauf hinzuweisen, dass sie gerade ein Machtspiel spielen, um es zu beenden.

3. Lernen Sie die hohe Kunst der Bisshaftigkeit, indem Sie anderen bis zuletzt das Gefühl geben, dass er etwas zu sagen hat – und er seine Niederlage erst bemerkt, wenn es zu spät ist.

4. Sich Respekt zu verschaffen, kann nicht immer lustig sein. Weidner rät: Sie müssen einstecken können und wie eine Kakerlake immer wieder aufstehen.

5. Den eher Zurückhaltenden empfiehlt der Professor sogenannten symbolischen Interaktionismus: Das heißt beispielsweise, ziehen Sie teure Kleidung an, frönen Sie einem gefährlichen Hobby und dokumentieren Sie es (etwa mit Fotos), treten Sie zusammen mit beeindruckenden Personen in Erscheinung.

Nina Braun

Über den Referenten

Professor Jens Weidner hält den Hauptvortrag auf dem „Tag der Lehrgesundheit“ am 15. September 2016, Kongresszentrum Westfalenhallen.

Mehr Informationen unter www.prof-jens-weidner.de.

SAVE THE DATE:		Arzneimittel-/Hilfsmittel-/Heilmittel-Nr	Faktor	Iaxe
Unfall	Versicherungsnummer	Personennummer		
	Donnerstag, 15. September 2016,			
	Karte gültig bis	Datum		
	von 10:00 bis 16:30 Uhr			
		Kongresszentrum		
		Westfalenhallen Dortmund		
aut idem	TAG DER LEHRER-GESUNDHEIT			
aut idem				

Der VBE im Gespräch

Für den VBE trafen sich Udo Beckmann, Vorsitzender VBE NRW, Stefan Behlau, stellv. Vorsitzender VBE NRW, und Jutta Endrusch, stellv. Vorsitzende VBE NRW, mit Vertretern der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten, um über aktuelle bildungs- sowie berufspolitische Themen zu sprechen. Die Gespräche hatten die Inklusion und die Integration und die entsprechende Ressourcenfrage zum Thema. Auch die Frage der Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien wurde diskutiert. Weiterhin wurde über die Dienstrechtsreform gesprochen. Hier ging es um die Ungerechtigkeit der Gleichwertigkeit der Lehrämter bei ungleicher Bezahlung und die Besetzung und Besoldung von Schulleitungs- und Fachleitungsstellen. Nicht zuletzt wurde über die allgemeine Entwicklung der Schullandschaft gesprochen, hier unter kritischer Diskussion des neuen Paragraphen 132c.



V. l. Udo Beckmann, Renate Hendricks, schulpolitische Sprecherin SPD, Eva-Maria Voigt-Küppers, stellv. Fraktionsvorsitzende SPD, Stefan Behlau

V. l.: Udo Beckmann, Monika Pieper, schulpolitische Sprecherin Piraten, Michele Marsching, Fraktionsvorsitzender, Stefan Behlau



V. l.: Stefan Behlau, Sigrid Beer, schulpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen, Udo Beckmann, Mehrdad Mostofizadeh, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen, Jutta Endrusch



Anzeige

UNSERE VORTEILE AUF EINEN BLICK

Die Akutklinik Bad Saulgau bietet intensive, individuelle Therapien, wie z.B.:

- Depression
- Kriseninterventionen
- Burn-out-Folgeerkrankungen
- Problemkreis Schmerz-Angst-Depression
- Trauerbewältigung
- Traumatherapie
- Essstörungen
- Interdisziplinäre Schmerzbehandlung
- Persönlichkeitsstörungen
- Mobbing-Folgeerkrankungen

INTENSIVE UND INDIVIDUELLE THERAPIE

Was unterscheidet uns von Anderen:

- Hohe Behandlungsdichte
- Gehobenes Ambiente (4 Sterne Standard)
- Interdisziplinäre Schmerzbehandlung
- Patient-Therapeuten-Schlüssel 4:1
- Unterbringung in Einzelappartements
- Erfahrenes Team
- Kurze Wartezeiten
- 3 Einzeltherapien pro Woche
- Vorgespräch und Hausführung

**Haben Sie Fragen oder benötigen Sie unsere Unterstützung?
Wir sind gerne für Sie da.**

Akutklinik Bad Saulgau

Klinik und Poliklinik für

Psychosomatische Medizin & Psychotherapie

Am schönen Moos 9 | D 88348 Bad Saulgau

Fon: +49 7581 2006-336 | Fax: +49 7581 2006-400



Akutklinik Bad Saulgau

info@akutklinik-bad-saulgau.de | www.akutklinik-bad-saulgau.de

Sensibilisieren, unterstützen, vorbeugen: Gewalt darf keine Schule machen

BMI und dbb-Konferenz „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“



v.l.n.r. Neubeck, Beckmann, Moderator Kahle, Nassehi, Weiler

Respektlosigkeit, Pöbeleien, Beleidigungen, aber auch Gewalttätigkeiten gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben zugenommen. Das Bundesministerium des Innern und der dbb beamtenbund und tarifunion veranstalteten aus diesem Grund eine Konferenz zum Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“. Diese fand am 5. April 2016 in Berlin statt. Auf dem Podium vertreten war auch der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann.

In seiner Begrüßungsrede betonte Bundesinnenminister Thomas de Maizière, dass eine Rückbesinnung auf ethische Grenzen und moralische Tabus notwendig sei. Die Veränderung hin zu weniger Gewaltanwendung müsse bei der Erziehung und Bildung durch die Eltern beginnen, in der Schule weitergeführt werden und hin zu mündigen Bürgern führen. Bei dem anschließenden Podium kam auch die französische Ministerin für den öffentlichen Dienst, Annick Girardin, hinzu. Sie betonte, dass die Laizität das beste Mittel für den sozialen Frieden sei. So könne der Eindruck von Diskriminierung vermindert werden. In der Diskussionsrunde beklagte der dbb-Bundesvorsitzende, Klaus Dauderstädt, dass der Staat zwar „einspringe“, wenn der Aggressor das Schmerzensgeld nicht bezahlen könne, warnte aber wegen der fixierten Untergrenze des Geldbetrages vor einem „Watschn“-Benchmarking.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit dem Soziologieprofessor, Armin Nassehi, dem Leiter der Konzernsicherheit der Deutschen Bahn AG, Prof. Gerd Neubeck, und dem Präsidenten des Europäischen Hochschulinstituts, Prof. Dr. Joseph H.H. Weiler stellte Udo Beckmann klar: „Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft, aber nur Teil des Phänomens. Es ist fatal, wenn die Politik den Eindruck erweckt, dass Schule alle gesellschaftlichen Probleme lösen könne. Schule kann nicht in jeder Hinsicht Reparaturbetrieb der Gesellschaft sein.“

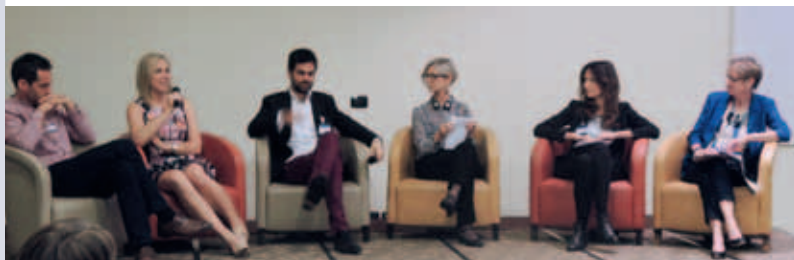
Ausbeutung eine Absage erteilen

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, hielt zum Auftakt der 12. Frauenpolitische Fachtagung der dbb Bundesfrauenvertretung am 12. April 2016 eine flammende Rede. Zu Beginn der Veranstaltung „Digitalisierte Welt: Frauen 4.0 – rund um die Uhr vernetzt?“ zeigte sie die beiden Pole der Digitalisierung auf. Die Verheißung des „überall“ stehe dabei der (Selbst-)Ausbeutung durch das „immer“ gegenüber. Es gelte, die Chancen zu nutzen, flexibler, ohne Präsenzpflcht und mit mehr Eigenverantwortung arbeiten zu können. Die Grußworte aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überbrachte Christine Morgenstern. Sie unterstrich die Möglichkeiten, die sich gerade für Frauen mit der Digitalisierung bieten. Wenn es gelingt, den geteilten Arbeitsmarkt aufzubrechen, andere Arbeits(zeit)modelle zu etablieren und sich die Rolle von Führungskräften ändere, führe dies zum flexibleren Arbeiten. Die höhere Vereinbarkeit ebnet den Weg gerade für Frauen.

In ihrem Vortrag betonte die Sozialwissenschaftlerin Dr. Kira Marrs, dass die Digitalisierung noch ein offener Prozess mit offenem Ausgang sei. Die Chancen sieht sie vor allem in der digitalen Transformation der technischen Felder, kollaborativem Arbeiten und kooperativer Führung. Auch Marrs warnte aber vor der „Unkultur permanenter Verfügbarkeit“. Prof. Dr. Hurrelmann, seit 2012 verantwortlich für die Shell-Jugendstudie, zeigte auf, was sich die „Generation Y“ der 1980 bis 1999 Geborenen vom Arbeitgeber Öffentlicher Dienst erhofft: Schutz vor Entgrenzung, Sicherheit und gute Bezahlung. Die anschließende Fragerunde zu den Vorträgen wurde geleitet von Jutta Endrusch, stellvertretende Vorsitzende der dbb-Bundesfrauenvertretung und Bundessprecherin der VBE-Bundesfrauenvertretung. An der Veranstaltung nahm auch der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, teil.



Öffentliche Bildung schützen



Unter der Moderation von Susan Hopgood (President EI) diskutierten Susan L. Robertson, University Bristol; Anna Hogan, University Queensland; Antonio Olmedo, University Roehampton; Pierre Habbard, Policy Advisor, OECD, und Anna Byhouskaya, TUAC

VBE-Bundesvorsitzende für Internationales Gitta Franke-Zöllmer und aus dem geschäftsführenden Vorstand Gerhard Brand

„Bildung für alle“ – das ist ein wichtiges Ziel, dem sich jeder verschreiben kann. Verbunden mit der Strategie, die öffentliche Bildung zu erhalten und zu stärken, war dies bei der Konferenz der Mitgliedsgewerkschaften der Education International (EI) am 4. und 5. April 2016 in Rom ein Diskussionsschwerpunkt. Außerdem im Fokus: globale Antworten auf die kommerzielle Einflussnahme auf das öffentliche Bildungssystem.

Die Generalversammlung der UN hat im September 2015 die Agenda 2030 „Wandel unserer Welt“ – nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Ziel ist, eine inklusive und gerechte gute Bildung vorzuhalten und lebenslange Lernmöglichkeiten für alle zu unterstützen. Doch es gibt noch soziale Ungleichheiten im Bildungsbereich, die größer werden durch: 1. die zunehmende Beteiligung von profitorientierten Firmen beim Bildungsangebot, 2. die Förderung privater Interessen in der Bildungspolitik und 3. die Einbindung des politischen Raums, was die öffentliche Kontrolle und die demokratische Steuerungsfähigkeit begrenzt (s. TTIP). Durch die Möglichkeit, soziale, politische und ökonomische Verbindungen auf regionaler, nationaler und übernationaler Ebene zu vernetzen, werden solche Netzwerke zu politischen Playern auch im Bildungsbereich. Eine besondere Rolle spielen dabei auch Stiftungen. Das Versprechen der Anbieter, Rezepte zu benennen und Materialien zu bieten, die die Bildungsqualität und den Output überprüfbar steigern und das zu geringen Investitionen, ist verführerisch. Die Präsentationen der Referenten sind unter <http://download.ei-ie.org/docs/webdepot/rome.zip> abzurufen.

Respekt, Relevanz und Ressourcen im inklusiven Bildungssystem

„Bei Inklusion darf es nur Gewinner geben“, betonte Rolf Busch, 1. stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender des thüringer Lehrerverbandes tlV, am Rande des Sonderpädagogischen Kongresses. Dieser fand unter dem Motto „Respekt-Relevanz-Ressourcen“ vom 21. bis 23. April 2016 in Weimar statt. Die Bundesvorsitzende des Verbandes Sonderpädagogik e.V. (VdS), Dr. Angela Ehlers, konnte eine Vielzahl von Ehrengästen aus Politik und Bildung begrüßen. Besonderen Dank sprach sie Gisela Langer, der Landesvorsitzenden des VdS Thüringen, für die Organisation des Kongresses aus. Prof. Dr. Gérard Bless von der Universität Freiburg, Schweiz, griff in seinem Eröffnungsreferat das Kongressmotto auf und präsentierte wissenschaftliche Forschungsergebnisse über inklusive und nicht inklusive Bildung in der Schweiz und Deutschland. Später diskutierte er mit Dr. Angela Ehlers und Boris Pistorius, Innenminister von Niedersachsen, aktuelle bildungspolitische Themen. Der Kongress bot den Teilnehmern die Möglichkeit, in insgesamt 42 Seminaren und Workshops wissenschaftliche Forschungsergebnisse und gelungene Beispiele aus der Praxis vorzustellen und Erfahrungen auszutauschen. Die Schirmherrschaft übernahm der Thüringer Ministerpräsident; ein Grußwort überbrachte die Thüringer Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Brigitte Klaubert.



v.l.n.r.:
Busch, Ehlers, Klaubert, Langer

Ost-West-Angleichung und Mütterrente für Beamtinnen

„Wenn nur noch ‚Nerven‘ hilft, dann werden wir nerven“, versprach der Vorsitzende der dbb-bundesseniorenvertretung Wolfgang Speck mit Blick auf die nach 25 Jahren Rentenüberleitungsgesetz immer noch nicht erfolgte Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West. An der Hauptversammlung der dbb-Bundesseniorenvertretung im März 2016 nahmen auch die VBE-Delegierten Max Schindlbeck (stellvertretender Vorsitzender der dbb-bundesseniorenvertretung), Gerhard Kurze (stellvertretender VBE-Bundesseniorensprecher), Mathia Arent-Krüger (Vorsitzende der dbb-Landesseniorenvertretung NRW) und Helmut Deckert (Vorsitzender der dbb-Landesseniorenvertretung Hessen) teil. Die Übertragung der „Mütterrente“ auf alle Beamtinnen wurde als langfristiges Ziel einstimmig bestätigt. Als „längst überfällige Sozial-

leistung“ mahnten die Teilnehmer auch den weiteren Ausbau der Anerkennung von Erziehungs- und Pflegeleistungen im Rahmen der angekündigten „Lebensleistungsrente“ an.

Abschließend konnten die Teilnehmer die gerade fertiggestellten Dokumentenordner für den Notfall in Empfang nehmen. Er wird allen Seniorinnen und Senioren des dbb bundesweit angeboten und kann ab Mitte April über die dbb-Bundesseniorenvertretung zu einem Preis von 5 € bestellt werden.

www.dbb.de/td-senioren/artikel/jetzt-lieferbar-fuer-den-notfall-ein-dokumentenordner-fuer-jung-und-alt.html



v.l.n.r.: Kurze, Arent-Krüger,
Schindlbeck, Deckert

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Vier Tipps für Konflikte im Lehrer/-innen-Alltag:

Wie Sie stressfreier und souveräner
mit Elternärger umgehen

A

Is Lehrer(in) werden Sie mit Konflikten und Ärgergefühlen konfrontiert – selbst dann, wenn Sie alles richtig gemacht haben. Schätzen Sie es auch so ein? – Die größten Belastungen ergeben sich nicht durch den Unterricht oder die Vorbereitung der Unterrichtsinhalte. Es sind die „Situationen Drumherum“ mit Schülern oder mit Eltern. Mit den Schülern sind es – an mancher Schule – die Aufsichtszeiten in den Pausen. Es reicht von rauem bzw. aggressivem Schülerverhalten bis hin zum Vandalismus auf der Schultoilette. Wie ich aus Gesprächen mit Lehrer(inne)n unterschiedlicher Schultypen weiß: der meiste Ärger geht nicht von Schüler(inne)n aus, sondern von deren Eltern.

Worum geht es inhaltlich? Manche Eltern sind z. B. mit ihrem Unterricht unzufrieden und plädieren für andere Methoden – selbst wenn diese objektiv sinnvoll sind und sogar vom Lernplan vorgeschrieben. Die mündlichen und schriftlichen Noten sind ein weiteres Konfliktfeld. Ein Schüler erlebt sich als „im Unterricht engagiert, mit guten Beiträgen“, während Sie ein anderes Bild haben. „Früher hat der Lehrer dann mit den Eltern gesprochen: Ihr Kind zeigt ein Verhalten, das Probleme bereitet und zwar ... Die Eltern haben sich dann zu Hause mit dem Kind ‚unterhalten‘.“ (Zitat aus Lehrer-Interview) Es ist zu vermuten, dass es in mancher Familie dann psychischen Druck oder körperliche Gewalt gegen die Schüler(innen) gab.

Diese „Eltern-Denke“ ist – wie ich aus den Lehrerinterviews weiß – heute deutlich seltener. Die heutigen Eltern nehmen das Lehrer-Feedback mit nach Hause, um die Sichtweise des Kindes einzuholen und neben ihre Lehrer-Einschätzung zu stellen. Die Lehrer-Perspektive und die Schüler-Perspektive – sie sind hier gleichrangig. Nicht selten haben Eltern sogar die Tendenz, eher dem eigenen Kind zu glauben. Nach dem Motto: „Mein Kind lügt nicht.“ Dass es verzerrte Wahrnehmungen gibt, Auslassungen und sich unterscheidende Gewichtungen von Sachverhalten, das alles gerät aus dem Blick. Im schlechtesten Fall beginnt ein Streit darum, wer Recht hat – zugespitzt formuliert: wer lügt.

Ist es Ihre Aufgabe, mit Eltern darüber zu streiten, wer Recht hat: Sie oder der Schüler? Die Antwort darauf lautet natürlich: Nein.

IKuF-Tipp 1:

Lassen Sie sich nicht auf „Wer-hat-Recht“-Diskussionen ein. Beschreiben Sie den Eltern die Sachlage aus Ihrer Perspektive. Lassen Sie dann aber, wenn die Eltern sich nicht überzeugen lassen wollen, gegensätzliche „Wahrheiten“ nebeneinander stehen. Nutzen Sie Ihre Energie lieber dafür, dass sich das Problem nicht noch einmal in der Zukunft ergibt. Dies wird meist durch klare Absprachen erreicht.

Es fällt vielen Eltern schwer, schlechte(re) Leistungen ihres Kindes als wahre Tatsache anzunehmen. Sie kennen es vermutlich aus Ihrem Alltag: Die Eltern nehmen es persönlich. Es ist gewiss für die Eltern (psychisch) leichter, den Lehrer als den „Unwahrheit-Sprechenden“ auszumachen. Es stellt sich die Frage: Warum erreichen diese Wahrheiten über das eigene Kind nicht die Eltern? Warum nehmen Eltern die schlechten Leistungen ihrer Kinder persönlich? Dies liegt zum einen daran, dass einige Elternteile narzisstische Charakterzüge haben. Zugespielt formuliert: ihre Kinder sind eine Art Verlängerung ihres Selbst. Eine Kritik am Kind wird dann (unbewusst) als eigenes Versagen interpretiert und stark negativ erlebt. Hierdurch sind die zum Teil heftigen, emotionalen Reaktionen von Eltern zu erklären.

IKuF-Tipp 2:

In diesem Kontext gebe ich Ihnen den Tipp, Ihr Gegenüber (besser) zu verstehen. Nutzen Sie dieses Verstehen, um sensibel auf die Eltern eingehen zu können.

Zum anderen ist die Art und Weise, wie Sie als Lehrer(in) kommunizieren, entscheidend dafür, wie die Kritik auf- bzw. angenommen wird. Die gleiche Rückmeldung kann auf sehr unterschiedliche Weisen kommuniziert werden.

IKuF-Tipp 3:

Die Kernfrage ist: Erleben die Eltern Sie als eine Person, die das Beste für ihr Kind möchte, oder als jemand, der dieses nicht leiden kann und nur schlecht macht. Wortwahl und Betonungen machen hier den Unterschied. Bei der Kommunikation von kritischen Sachverhalten gibt es einige Fallstricke. Kleinigkeiten entscheiden über den Erfolg eines Gesprächs und darüber, ob dieses stressig wird. Das sollte Sie aber nicht entmutigen. Die Kompetenz, in schwierigen Situationen zielführend zu kommunizieren, muss erlernt werden. Das richtige Feedback-Geben können Sie in

einem Training einüben. Erweitern Sie Ihre Fähigkeiten! Es erspart Ihnen einige Nerven.

Eine überzeugende Argumentation ist wichtig, reicht aber in vielen Elterngesprächen nicht aus, um den Konflikt erfolgreich zu lösen. Es geht immer auch um die psychologische Ebene: um zwischenmenschliche Dynamiken und die Haltungen der Beteiligten. Die Lösung eines Eltern-Lehrer(in)-Konflikts erfordert eine Perspektive, die zukunftsorientiert ist. Allerdings: ein Elternteil, das sich durch Worte verletzt fühlt, ist nicht in der Verfassung, konstruktiv an der Zukunft mitzuarbeiten.

IKuF-Tipp 4:

Der Ansatzpunkt für eine erfolgreiche Konfliktaustragung mit streitenden Schüler-Eltern ist daher, bei sich selbst zu beginnen. Lassen Sie sich nicht durch das Gegenüber stressen oder frustrieren. Das professionelle Konfliktmanagement hält hier einige konfliktpsychologische Kenntnisse und Techniken bereit. Diese wirken sich über die Interaktion auch „befriedend“ auf Ihr Gegenüber, die Schüler-Eltern aus.

Dr. Timo Müller ist Konfliktmanagement-Experte des IKuF – Institut für Konfliktmanagement und Führungskommunikation (www.ikuf.de). Er hat Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studiert, im Feld der Konfliktforschung promoviert und hat jahrelang im Weiterbildungsbereich von „Kinderschutz/ Jugendhilfe“ gearbeitet. Müller ist Trainer, Vortragsreferent, Berater/Coach und Autor zu den Kompetenzfeldern „Erfolgreich Konflikte managen“ und „Effektiv Feedback geben“. Er spricht sich dafür aus, Lehrer(innen) professionell im Konfliktmanagement zu qualifizieren, um Schulen effektiver zu machen und Lehrer(inne)n ein stressfreieres Arbeiten zu ermöglichen – auch gesundheitspräventiv gedacht.



Weblink-Empfehlung:

Video-Podcast „Die 4 Irrtümer zum Konfliktmanagement am Arbeitsplatz“ © IKuF (3:45 Min.)

Auf www.ikuf.de unter der Rubrik „Artikel und Podcasts“: Beitrag 27.

((http://www.ikuf.de/de/73-artikel-und-podcasts/349-irrtuemer_konfliktmanagement_unternehmen_podcast.html))

Anzeige



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-0404041

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

NÜRNBERGER

So macht man das

Frau Weh ist beim Elternsprechtag ein Vorbild

Die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern ist manchmal der hohen Kunst der Diplomatie sehr ähnlich. Unsere Autorin und Lehrerin Frau Weh macht das vorbildlich, als sie auf der anderen Seite sitzt.

Ich bin nicht sehr groß. Meine Gesamterscheinung beeindruckend zu nennen, wäre gnadenlos übertrieben. Aber ich kann lächeln. Und es ist dieses Lächeln, das ich nun wie eine Einmannramme vor mir hertrage, als der Physiklehrer des mittelgroßen Wehwehchens pünktlich um 14 Uhr die Tür zum Fachraum öffnet. Heute ist Elternsprechtag und mehr noch als die Info, dass eben dieser Lehrer die Leistung meines Ehesegens vor zwei Wochen mündlich auf eine Vier minus festgesetzt hat, trifft mich die Tatsache, dass er auf den Einwand des verdatterten Kindes, es sei ansonsten ein guter Schüler, einfach aufgelacht habe. Ob ungläubig oder spöttisch sei dahingestellt. Da muttiert doch wohl die gelassenste aller Mütter. Und tobt. (Oder benutzt Tiernamen.)

Der Lehrer begrüßt mich mit Namen und einem vagen Kopfnicken Richtung Stuhl.

„Herr Poundal“, beginne ich das Gespräch, „bevor wir konkret über meinen Sohn reden, möchte ich Ihnen gerne als Rückmeldung geben, wie positiv überrascht wir als Eltern von der Notentransparenz waren, die Sie den Schülern zu so einem frühen Zeitpunkt vermittelt haben. Wir erkennen die Chance, die Sie den Kindern damit geben.“

Des Physiklehrers Gesicht überzieht ein ungläubiges Stauen. Er wirft einen raschen Blick in seine Notenliste. Doch, da steht der Name des Wehwehchens mit einer wackeligen Vier dahinter. Er schüttelt ganz leicht den Kopf (vermutlich hat er einen anderen Gesprächseinstieg erwartet) und schaut mich zunehmend freundlich an: „Das ist ja auch mein Ansinnen. Ich möchte den Schülern die Möglichkeit geben, sich realistisch einzuschätzen und aktiv an der Gestaltung ihrer Note zu arbeiten.“

Ich nicke. „So haben wir das auch verstanden. Aber ich möchte nicht verhehlen, dass uns diese Note sehr überrascht und, ja, auch besorgt hat, da sie dem übrigen Leistungsbild unseres Sohnes nicht entspricht. Er ist ein solider Schüler und da sticht die Vier deutlich heraus.“

Herr Poundal runzelt die Stirn. „Jaaa, das hat er mir auch gesagt, dass er eigentlich ein guter Schüler sei. Ich konnte ihm das gar nicht glauben.“

Als das Wehwehchen mir dies vor zwei Wochen mitteilte, ließ ich mich auf dem heimischen Sofa zu einem durchaus beleidigenden Ausruf hinreißen, der dem Nachwuchs augenblicklich etwas die bedrückende Last von den Schul-

tern nahm, im heutigen Gespräch aber definitiv fehl am Platze wäre. Daher unterlasse ich es, Herrn Poundal darauf hinzuweisen, wie unmöglich ich seine Äußerung finde und fahre in neutralem Ton fort. „Da hatte er aber völlig recht. Mein Sohn hat mir mitgeteilt, dass er sich vermutlich zu selten meldet und dieses Verhalten nun ändern will. Konnte er das schon umsetzen?“

„Ja“, bekräftigt Herr Poundal nach einem erneuten Blick auf seine Liste mit den Kreuzchen und den Kreisen. Jetzt sieht er wieder ein wenig irritiert aus, aber vielleicht müssen Physiklehrer ja immer ein bisschen so aussehen. Die Naturgesetze (und zweifelsohne zählt der elterliche Schutzmechanismus dazu) sind doch einfach zu überwältigend, nicht wahr? „Tatsächlich habe ich mir für die Stunden danach ein Plus notiert. Da hat er das ja schon gut umgesetzt.“

Wir unterhalten uns noch kurz darüber, wie wichtig die mündliche Mitarbeit und wie groß (und sicher nicht immer erfreulich) die Aufgabe eines Fachlehrers in der Mittelstufe sei. Ich lasse einfließen, wie interessiert das Wehwehchen vom Physikunterricht erzählt habe. Der Physiklehrer nickt verstehend. Ja, Physik sei so ein wunderbares Fach. Er schlägt vor, dass das Wehwehchen sich in regelmäßigen Abständen eine persönliche Rückmeldung abholen könne und notiert dies in seinen Unterlagen. Ich stimme dem Vorschlag zu und bedanke mich für das konstruktive Gespräch und die Zeit, die er sich dafür genommen habe. Herr Poundal strahlt.

„Bitte richten Sie Ihrem Sohn aus, dass ich mich auf seine Mitarbeit freue!“

Herr Poundal freut sich, ich freue mich (nicht ganz so sehr freut sich später das Wehwehchen über die Aussicht, nun regelmäßig seinen Physiklehrer ansprechen zu müssen, aber da muss es jetzt einfach durch), Tür auf, auf Wiedersehen, vielen Dank, Tür zu. Erledigt.

„Fandest du den Poundal auch so schlimm?“, fragt mich kurz darauf die Mutter eines Mitschülers, die das Gespräch mit dem Physiklehrer in gleicher Angelegenheit schon am Morgen hinter sich gebracht hatte.

„Och“, antworte ich und trinke einen Schluck viel zu starken Pappbecherkaffees, für den ich der SV zwei Euro ins Spendenschwein geworfen habe, „ging eigentlich.“



Frau Weh heißt im wahren Leben natürlich anders, aber damit sie lebensnah schreiben kann, möchte sie anonym bleiben.

Mehr Texte von ihr unter

<https://primimaus.wordpress.com>

„Wir müssen zusammenarbeiten, sonst geht es nicht mehr weiter“

Katholischer Bildungsverband (dkv) und evangelischer Dachverband (aeed) fordern in ihrer Würzburger Erklärung mehr Kooperation im Religionsunterricht.

Die derzeitige gesellschaftliche und demografische Situation stellt den Religionsunterricht schon heute vor enorme Herausforderungen. Zurückgehende Schülerzahlen im evangelischen und katholischen Religionsunterricht und die Pluralität von Weltanschauungen stellen bisherige organisatorische Regelungen und Konzepte infrage. Steht der konfessionelle Religionsunterricht vor dem Aus? Wie kann angesichts der Veränderungen ein Religionsunterricht der Zukunft aussehen? Der katholische Bildungsverband dkv (Deutscher Katecheten-Verein) und der Dachverband evangelischer Lehrerverbände, aeed (Arbeitsgemeinschaft evangelischer Erzieher) wollen in Zukunft noch enger zusammenarbeiten und stellten auf ihrer Studientagung in Würzburg vor allem die gemeinsame Verantwortung für den Religionsunterricht heraus.

Die Würzburger Erklärung

Im Anschluss an die gemeinsame Konferenz zum Thema „Religionsunterricht der Zukunft – Wir übernehmen Verantwortung“ in Würzburg erklären die Arbeitsgemeinschaft evangelischer Erzieher/-innen Deutschland (aeed) und der Deutsche Katecheten-Verein (dkv), dass in ihren Augen nur ein gemeinsam verantworteter Religionsunterricht die Zukunftsfähigkeit des konfessionellen Religionsunterrichts angesichts demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen sicherstellen kann.

Die Verbände verpflichten sich angesichts der Herausforderungen, denen sich der Religionsunterricht in Zukunft stellen muss, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe die realistischen Möglichkeiten und Konsequenzen eines Religionsunterrichtes in gemeinsamer Verantwortung beider Kirchen zu prüfen. Diese Prüfung soll ergebnisoffen geschehen.

Darüber hinaus ist es Anliegen und Auftrag der Verbände, die positiven Erfahrungen eines kooperativ-konfessionellen Religionsunterrichts zusammenzutragen und bekannt zu machen. Es gilt, alle Wege zu nutzen, die es ermögli-

chen, bereits heute konfessionell-kooperativ zu unterrichten.

Die Verbände regen an, die Zusammenarbeit von evangelischen und katholischen Religionslehrerinnen und -lehrern zu stärken und sie auf diese Weise zu neuen Projekten zu ermutigen.

dkv und aeed erklären, dass in gemeinsam verantworteten Projekten die Mehrheitskonfession Verantwortung für die Belange der Minderheitskonfession übernehmen muss.

Sowohl dkv als auch aeed äußern den Wunsch, dass von den Kirchen diese gemeinsame Verantwortung wahr- und in den Blick genommen wird.



Der VBE ist seit Jahren durch Hans-Joachim Neufert in der AEED (Arbeitsgemeinschaft evangelischer Erzieher in Deutschland) vertreten. Die AEED kommt alle drei Jahre auf einer gemeinsamen Tagung mit dem dkv (Deutscher Katecheten-Verein) zusammen. Die Erklärung zu

mehr Kooperation im Religionsunterricht ist von den Mitgliedsverbänden bundesweit begrüßt worden. Das Referat Schule und Kirchen würde sich freuen, auch aus den Reihen des VBE Rückmeldungen zu der Erklärung zu bekommen. Es wäre schön, wenn damit ein Diskussionsprozess angestoßen würde, der dann in die weitere Arbeit der AEED einfließen könnte.

Beiträge und Anregungen erbitten wir an die Leiterin des Referats Schule und Kirchen, Julia Rüding, unter j.rueding@vbe-nrw.de.

Anzeige

Mosel, direkt in Bernkastel-Kues: 8 Fewo. 1-3 Schlafzimmer, Balkon mit herrlichem Burgblick. Tel.: 06531/1421
E-Mail: mosel4fewo@aol.com, www.bernkastel-fewo.de
Tel.: 0171/5281188

Junglehrertag 2016

Die „magischen“ 300 sind geknackt! Waren es letztes Jahr noch 280 Teilnehmer, konnten beim diesjährigen Junglehrertag über 300 Besucher gezählt werden, die nicht enttäuscht wurden.

©photocase.de/kallejpp



Im Anschluss an die Begrüßung folgte der Hauptvortrag von Rudi Rhode: „Wenn Nervensägen an Nerven sägen“, und das Publikum wurde informativ und humorvoll unterhalten. Mit anschaulichen Beispielen und praxistauglichen Tipps wurden die Teilnehmer in die Mittagspause entlassen. Bei den Workshops am Nachmittag gab es eine Mischung aus altbewährten und neuen Workshops: So referierten u. a. Sonja Engel zum Thema Zeitmanagement, Reinhard Horn stellte bei Gute Stimme, gute Stimmung viele praxistaugliche Lieder vor und Norbert Sommer-Stumpfenhorst gab den Teilnehmern Einblicke in das nach ihm benannte Rechtschreibkonzept.

Zu den neuen Referenten zählten Jonas Lanig, der als Bundesvorsitzender der „Aktion Humane Schule“ Strategien gegen den sogenannten Praxisschock vorstellte, und Annette Mehlmann, die sich den schwierigen Themenfeldern Kommunikation mit Eltern und dem Umgang mit Konflikten widmete.

Am Ende des Tages zogen Teilnehmer, Referenten und Landessprechergruppe ein positives Fazit und man war sich weitgehend einig: Auch 2017 wird es wieder einen Junglehrertag für Studenten, Lehramtsanwärter und junge Lehrkräfte geben.

B

ereits beim Betreten der Westfallenhallen merkte der Lehrernachwuchs, dass sich der Junglehrertag weiterentwickelt hat. So gab es eine deutlich größere Schulbuchmesse und eine süße Überraschung für alle Teilnehmer, die zum einjährigen Bestehen die Facebook-Seite des Jungen VBE geliked haben. Auch der diesjährige Hauptsponsor, die R+V Versicherung, hielt für jeden Besucher ein CD-Präsent an seinem Stand bereit. Darüber hinaus standen zahlreiche Experten des VBE den Besuchern mit Rat und Tat zur Seite.



Matthias Kürten,
Landessprecher des
Jungen VBE NRW.

Zur Eröffnung begrüßte der Landessprecher des Jungen VBE, Matthias Kürten, die Teilnehmer und es folgte die Ansprache des Landesvorsitzenden Udo Beckmann. Beckmann machte deutlich, in welchen Bereichen sich der VBE besonders für die Belange der jungen Lehrkräfte einsetzt und was er von der Landesregierung erwartet, damit auch die „neue“ Lehrergeneration gesund und zufrieden durchs

Berufsleben gehen kann: An erster Stelle seien hier eine angemessene Bezahlung sowie mehr zeitliche Ressourcen genannt, um die Herausforderungen, die unser inklusives Schulsystem und der Zuzug von Menschen mit Deutsch als Fremdsprache mit sich bringen, zu bewältigen.



Teile des Landesvorstands beim Besuch des Standes des Hauptsponsors, R + V-Versicherungen.

Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung 2016

Die Mitglieder der Hauptversammlung, darunter die VBE-Delegierten Max Schindlbeck (stellv. Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung), Gerhard Kurze (stellv. VBE-Bundesseniorensprecher), Mathia Arent-Krüger (Vorsitzende der dbb Landesseniorenvertretung NRW) und Helmut Deckert (Vorsitzender der dbb Landesseniorenvertretung Hessen) befassten sich neben den turnusmäßigen Regularien mit drei wichtigen Themenbereichen. Sie beklagten zum wiederholten Male die nach 25 Jahren Rentenüberleitungsgesetz immer noch nicht erfolgte Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West. Sie unterstützten einmütig das Versprechen des Vorsitzenden Wolfgang Specht: „Wenn nur noch ‚Nerven‘ hilft, dann werden wir nerven.“

Mit Unverständnis nahm die Hauptversammlung zur Kenntnis, dass die von vielen Petentinnen gewünschte Korrektur der sogenannten 9/10-Regelung als Voraussetzung für eine Pflichtmitgliedschaft in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) weder vom Petitionsausschuss noch vom Bundestag unterstützt wurde. Die zugesagte Verbesserung der entsprechenden Informationsbemühungen reichte ihr nicht.

Auch die Übertragung der „Mütterrente“ auf alle Beamtinnen wurde als langfristiges Ziel einstimmig bestätigt. Deren Umsetzung und ein weiterer Ausbau der rententechnischen Anerken-



VBE-Delegierte v. l.: Kurze, Arent-Krüger, Schindlbeck, Deckert.

Foto: Jan Brenner

nung der Erziehungs- und Pflegeleistungen im Zusammenhang mit der angekündigten „Lebensleistungsrente“ wurden als schon überfällige Sozialleistung angemahnt.

Abschließend konnten die Teilnehmer die gerade fertiggestellten Dokumentenordner für den Notfall überreichen. Er wird allen Seniorinnen und Senioren des dbb bundesweit angeboten.

Gerhard Kurze

Dokumentenordner der dbb bundesseniorenvertretung

Die neue Veröffentlichung der dbb bundesseniorenvertretung, der Dokumentenordner „Für den Notfall – Ein Dokumentenordner für Jung und Alt“ kann ab sofort bestellt werden. Dieser Ordner bietet die Möglichkeit, wichtige Unterlagen und Informationen zu sammeln und geordnet abzulegen, damit diese in Notfällen für Betroffene und vor allem für deren Helfer und Unterstützer griffbereit vorliegen. Er enthält folgende Kapitel

- Persönliche Angaben
- Wichtige Kontaktdaten
- Berufliches
- Vorsorgedokumente/Vertrauenspersonen
- Bank
- Haus- und Grundbesitz
- Laufende Verpflichtungen
- Versicherungen
- Verträge



- Telefon, Internet, Medien
- Mitgliedschaften
- Testament, Erbvertrag usw.
- Was ist im Todesfall zu tun?
- Anhang mit Musterschreiben

Der Dokumentenordner ist eine Serviceleistung der dbb bundesseniorenvertretung für alle Seniorinnen und Senioren in den dbb Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften. Er kann bei der dbb bundesseniorenvertretung unter der Adresse senioren@dbb.de bestellt werden. Der Versand erfolgt direkt an das Einzelmitglied durch den dbb Verlag gegen Zahlung eines Kostenbeitrags von 5 Euro. Unter der Adresse der dbb bundesseniorenvertretung finden Sie weitere Informationen zu Bestellung und Lieferungsbedingungen sowie ein Bestellformular.

Nicole Böddeker, Diplom-Sozialpädagogin, konnte zu einem Workshop des VBE-Bezirksverbandes Münster **1** mit dem bekannten Kinderliedermacher und Kinderbuchautor **Fredrik Vahle** fast 40 Erzieherinnen, Lehrkräfte und weitere Interessierte begrüßen. Zusammen mit dem Künstler erarbeiteten die Teilnehmer Lieder, Bewegungseinheiten, Gedichte und Geschichten. Natürlich durften dabei auch Klassiker wie Anne Kaffeekanne und die Schweine nicht fehlen. Gemeinsam wanderte man durch Nupitanien, lernten Lilo Lausch, die Tiger, die Oma und den Samurai kennen.



Vahle, Germanist und Träger des Bundesverdienstkreuzes, versteht Sprache, Musik und Bewegung nicht als Lernprogramm oder als ein zu förderndes Spezialtalent – sondern als Ausdruck von raum- und gemeinschaftsschaffender Lebendigkeit. In seinem Programm wechselten sich lustige und ernste Themen ab. Die Teilnehmer gingen auf Entdeckungsreisen in andere Bewegungs- und Singkulturen und erlebten die Magie der Stille. Vahle vermittelte eindrucksvoll, wie wichtig „Entschleunigung“ für Kinder und Pädagogen in der heutigen Zeit ist.

Für das Fortbildungsteam des Bezirksverbandes Münster war dieser Termin ein besonderes Highlight unter den 59 Veranstaltungen des ersten Schulhalbjahres.



Stefan Richter, Vorsitzender des VBE-Kreisverbandes Ennepe-Ruhr-Kreis **2**, lud Mitte April die Mitglieder des Kreisverbandes zu einem Besuch in das „Haus der Geschichte“ in Bonn ein. Bei einer Führung durch das Museum wurde die Zeitgeschichte Deutschlands vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart erlebt. Zahlreiche Exponate, Dokumente, Fotos und Filme weckten Erinnerungen und veranschaulichten historische und politische Zusammenhänge. Abgerundet wurde dieser Tag durch ein gemeinsames Mittagessen.



Christine Bolz war eine von über 100 Lehrkräften, die den Besuch der Bildungsmesse didacta nutzten, um dem VBE beizutreten. Als besonderes Schmankerl



verlorste der VBE unter allen Neumitgliedern ein Tablet. Dass die Grundschullehrerin aus der Städtereion Aachen **3** ihren Gewinn aus der Hand von Matthias Kürten (Landessprecher Junger VBE) in Empfang nehmen durfte, zauberte dann auch Sohnmann Nils ein Lächeln auf die Lippen.



Ilka Rademacher, Vorsitzende des Kreisverbandes Soest **4**, hatte zu einer Informationsveranstaltung in das Siegmund-Schultze-Haus, Soest, eingeladen, um Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zu geben, sich über die Änderungen zur Beihilfeverordnung und die Änderungen durch das Pflege-stärkungsgesetz I, die beide seit dem 1. Januar 2015 bzw. seit dem 1. Januar 2016 gelten, kundig zu machen.

Peter Nitzschner (LBV Düsseldorf) stellte ausführlich die wesentlichen Änderungen zur Beihilfeverordnung zu folgenden Bereichen vor:

- Leistungsverzeichnis ärztlich verordneter Heilbehandlungen (Kuren)
 - Besseres Entgelt für eine Hauspflegekraft
 - Zahntechnische Leistungen (u. a. Implantate)
 - Kostendämpfungspauschale
 - Stationäre und ambulante Rehabilitation
 - Stationäre Krankenhausbehandlung
 - Vollmacht zur Regelung der Beihilfeangelegenheiten
- Aufgrund der aktuellen Aspekte schloss sich eine lebhaftere Diskussion an. Für die Zukunft ist ein weiterer Informationsnachmittag geplant.

BRANDBRIEF: Brigitte Pogrzeba und Christina Buschbell, Personalrätinnen der VBE-Fraktion des ÖPR Mettmann, haben sich zusammen mit ihrem Kollegium der Suitbertus-Grundschule Ratingen in einem Brief an Schulministerin Sylvia Löhrmann gewandt, um auf bestehende Missstände an Schulen hinzuweisen, die auf die von der Politik vorgegebenen Reformen und veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen sind:

Ratingen, im April 2016

Sehr geehrte Frau Schulministerin Löhrmann,

wie bereits im VBE-Gespräch auf der didacta angekündigt, wenden wir uns als Kollegium der Suitbertus-Grundschule Ratingen in einer uns sehr wichtigen Angelegenheit an Sie.

(...)

Unser Berufsbild wird durch verschiedenste zusätzliche Aufgabebereiche so immens ausgeweitet, dass die an uns gestellten Anforderungen schlicht und ergreifend nicht mehr erfüllbar sind.

(...)

Inklusion

Wir brauchen an dieser Stelle nicht alle viel diskutierten Argumente neu auflisten. Diese sind Ihnen und uns zur Genüge bekannt. De facto ist es aber so, dass die Kinder, die laut Diagnose in der Vergangenheit Förderschulen besucht hätten, nun in unseren Klassenverbänden sitzen. Da die vorhandenen sonderpädagogischen Ressourcen bei Weitem nicht ausreichen, fallen alle Aufgaben auf die Klassenlehrerinnen zurück: Das Schreiben von Förderplänen, die spezielle Ausarbeitung von zieldifferentem Arbeitsmaterial, die intensiven Gespräche mit außerschulischen Partnern sowie damit verbundene außerordentliche Elternberatungen, notwendige Teambesprechungen und vermehrte Fallbesprechungen in Konferenzen etc. Wir können also konstatieren, dass wir den Job des Sonderpädagogen (A 13) auf unsere A 12-Stelle „hinzugewonnen“ haben.

(...)

Lehrergesundheit und mediale Ausstattung

Aufgrund der Nähe zu den Kindern sowie aus Rücksicht auf die ebenso belasteten Kolleginnen versuchen Grundschullehrerinnen und -lehrer Belastungen und Arbeitsverdichtung extrem lange auszuhalten. Körperliche Signale werden oft ignoriert. Auch Wochenenden bieten kaum noch Zeit zur Erholung, da auch diese mittlerweile fast vollständig zur Vor- und Nachbereitung genutzt werden müssen, um den wachsenden Berg an Aufgaben zu bewältigen.

Durch den neu rhythmisierten Schulalltag, in dem die Lehrer mittlerweile auch regulär im Nachmittagsbereich eingesetzt sind, ergibt sich eine Ausweitung der Kernarbeitszeit in der Schule. Die unterrichtsfreien Phasen können aber aufgrund der räumlichen Bedingungen nicht ausreichend sinnvoll genutzt werden. Die Klassenräume sind durchgängig belegt und in vielen Kollegien kann noch nicht einmal jedem Kollegen ein fester Sitzplatz zugewiesen werden. Für ein bis zu 20köpfiges Kollegium stehen zwei PC-Arbeitsplätze im

Lehrerzimmer zur Verfügung, die nicht mit stabilem Internet versorgt sind. Die Schule ist nicht mit WLAN ausgestattet, sodass die Lehrer/-innen noch nicht einmal mit ihren privaten Laptops arbeiten können. Es braucht nicht erläutert werden, dass ein Arbeiten ohne Internet heute nicht mehr zeitgemäß ist. Das Lehrerzimmer dient als Pausenraum, Besprechungsraum, Tagungsraum, Medienraum und Bibliothek. Somit gibt es keine Möglichkeiten, Pausen- von Arbeitszeiten abzugrenzen, was dazu führt, dass weder echte Erholungspausen noch konzentriertes effektives Arbeiten möglich sind. Inzwischen ist eine Präsenz bis 16 Uhr vorgesehen. Daher müssen aber auch die räumlichen und technischen Gegebenheiten zu Vor- und Nachbereitungen gegeben sein.

(...)

Fazit

Wir wollen keine utopischen Forderungen stellen, sondern halten es schlicht und ergreifend für unser Recht, dass die zu unterrichtende Wochenstundenzahl für Grundschullehrer in Anbetracht der neuen Aufgaben reduziert wird. Alle anderen Schulformen haben eine geringere Anzahl von Pflichtstundenzahlen und gleichzeitig eine höhere Ausstattung mit den sogenannten Verfügungsstunden.

Die Ergebnisse der Erhebung der vom VBE beauftragten Wissenschaftler Schaarschmidt und Sieland hat bereits im Jahr 2005 (<http://www.quagis.de/>) eine realistische Stundenzahl von 25 ermittelt. Für weitere pädagogische Aufgaben sind etwa 8 Zeitstunden pro Woche anzusetzen (u. a. Beratung, Kooperation, Konferenzen etc.). Es müssen räumliche und sächliche Voraussetzungen geschaffen werden, die den Lehrkräften einen Wechsel zwischen Unterricht, Vor- und Nachbereitung, Beratung und anderen pädagogischen Tätigkeiten in der Schule ermöglichen, so die Aussagen der Studie. Damit einher geht die Reduzierung der Klassengröße auf maximal 22 Kinder, um auch insbesondere den Bereichen Inklusion und Seiteneinsteiger gerecht werden zu können.

(...)

Sehr geehrte Frau Schulministerin Löhrmann, wir appellieren an Sie als unsere oberste Dienstherrin, Ihrer Fürsorgepflicht gerecht zu werden, und erwarten Ihre Rückmeldung mit konkreten Verbesserungsvorschlägen für die oben beschriebenen Missstände.

Mit freundlichen Grüßen
das Kollegium der Suitbertusschule

Vom Sterben und Leben der Hauptschule – Teil III

... also jetzt die Realschule

Unter der Überschrift „Sicherung der Schullaufbahnen“ ist im neuen Schulgesetz des Landes NRW der § 132 c verankert worden. Eine sinnvolle Überschrift, die ein sinnvolles Anliegen gesetzlich verankert, sollte man meinen ...

... doch wird zunächst auf den Ausgangspunkt und die Notwendigkeit geschaut, die diesen scheinbar sinnvollen Paragraphen erst Realität werden ließ. Und diese Realität liegt letztlich in der Überschrift dieses Textes begründet.

Denn erst das (Aus-)Sterben der Hauptschule erzeugte mancherorts die berechtigte Frage: Wohin mit den Schülerinnen und Schülern, die den Bildungsgang der Realschule aller individueller Förderung zum Trotz nicht erfolgreich absolvieren? Die Hauptschule am Ort ist weg, die neue Gesamt- oder Sekundarschule ist voll, das Gymnasium nicht zuständig. Da war wohl ein kleines Detail in der regionalen/lokalen Schulentwicklungsplanung schlichtweg übersehen worden oder die Planer waren voller Lokalpatriotismus davon ausgegangen, dass alle an der Realschule angemeldeten Schülerinnen und Schüler diese auch erfolgreich bestreiten würden.

Selbst wenn die Ironie außen vor bleibt, scheint es allen an Schulpolitik beteiligten Personen tatsächlich erst im Laufe der Zeit aufgefallen zu sein, dass das dreigliedrige Schulsystem auch in der Tat alle drei Glieder benötigt, um funktionstüchtig zu sein.

Der § 132 c des Schulgesetzes ist nichts anderes als eine Krücke, die ein lahmes System am Laufen halten soll.

Besonders tragisch an dieser Gehilfe ist zudem, dass sie schlecht konstruiert ist und damit ihre Bruchstelle schon absehbar scheint. Denn die Realschulen dürfen, können, sollen und müssen letztlich vielerorts die Hauptschulbildungsgänge einrichten, um eine wohnortnahe Beschulung überhaupt noch zu erreichen. Allerdings wird diese Aufgabe auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen ausgetragen.

Die Realschule ist schon jetzt die Schulform der weiterführenden Schulen mit der schlechtesten Schüler-Lehrer-Relation, dem höchsten Klassenfrequenzrichtwert und einer Lehrerstundenverpflichtung von 28 Stunden. Realschulen leisten ihren Beitrag an der Inklusion wie auch der Integration von Kindern mit Fluchterfahrung. Insofern wird die neue Aufgabe des Hauptschulbildungsgangs zusätzlich „on top“ gesetzt – inklusive schulprogrammatrischer Konzept- und schulinter-



Stefan Behlau erlebt als Hauptschullehrer die Entwicklungen der Schulform selbst mit.

ner Curriculumentwicklung. Natürlich ohne entsprechende Entlastung. Die Hauptschule lebt also weiter, nur zu finanziell günstigeren Bedingungen – wie schön.

Der VBE hatte diese Problematik schon frühzeitig erkannt. Im September 2014 veröffentlichte der VBE im Rahmen des Gutachtens „Länger gemeinsam lernen“ von Dr. Ernst Rösner zehn Forderungen zur Weiterentwicklung der Schullandschaft in NRW, was seinerzeit sogar zum Thema einer Aktuellen Stunde des Landtags wurde.

Eine der Forderungen war, dass jede Schule die Abschlussverantwortung für jedes einmal aufgenommene Kind übernehmen soll. Hier könnte man also mit Blick auf den 132er sagen: Ziel erreicht! Dem ist aber nicht so. Denn dieser Paragraph zielt einzig auf die Realschule, was schon ein Unrecht an sich ist. Hier müsste also gleiches Recht für alle gelten. Denn was für die Realschulen billig sein soll, kann den Gymnasien nur recht sein.

Wenn dieser Weg aber nicht in dieser halbherzigen Form weiter beschritten werden soll, dann kann eine weitere Forderung aus dem erwähnten Dekalog hilfreich sein. Unmissverständlich forderte der VBE damals und tut dies auch noch heute: Ermöglicht die Umwandlung (nicht nur Neugründung) bestehender Real- und auch Hauptschulen in Sekundarschulen! Diese Umwandlung würde bessere Schüler-Lehrer-Relationen, bessere Klassenfrequenzrichtwerte und geringere Unterrichtsverpflichtungen für die Lehrkräfte bedeuten und damit der neuen Aufgabe wenigstens ein Stück weit gerechter werden.

Das Verschwinden einer Schulform ist nicht gleichbedeutend mit einer Veränderung der Schülerschaft. Unmissverständlich steht der VBE zum längeren gemeinsamen Lernen, aber das Aufgehen der Schülerschaft der Hauptschulen in den neuen und verbliebenen Schulformen muss letztlich auch mit besseren und an die Realität angepassten Rahmenbedingungen untermauert werden. Die an den Hauptschulen etablierte individuelle Zuwendung und Förderung muss durch verbesserte Ressourcen endlich möglich werden, sonst wird es bald neue Bildungsverlierer geben.

Und hierbei habe ich die Inklusion noch nicht einmal einbezogen.

*Stefan Behlau,
stellv. Vorsitzender VBE NRW*

Unsere Jugendzeitschriften



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Kulturtechnik „Lesen“ erlernt man immer noch am besten mit Printmedien. Hirnforscher haben diese Erkenntnis bei ihren Untersuchungen gewonnen. Beim Lesenlernen zeigen sich laut Grundlagenforschung Fortschritte am deutlichsten, wenn die Kinder die Seiten überblicken können, kurze Sätze und eine klare Strukturierung des Textes vor Augen haben. Unsere FLOHKISTE- und floh!-Hefte erfüllen diese Anforderungen in hohem Maße. Empfehlen wir sie als Lesestoff, der Kinder zum Lesen anregt!

Verena Schmidt,

Lehrerin, pädagogische Schriftleiterin für NRW

FLOHKISTE für die 1. und 2. Klasse

mit Didaktischen Handreichungen zu jedem Heft!



Nr. 13 (erscheint am 23. Mai):

Halt die Fäden fest!

Lass keine fallen, sonst fällt das Netz auseinander! So ist das auch mit dem Le-

bensnetz. Das verbindet alle Lebewesen unsichtbar miteinander. Jeder braucht den anderen zum Überleben.



Nr. 14 (erscheint am 6. Juni):

Wir spielen Zirkus*

Selbst Kunststücke einzuüben und vorzuführen, das begeistert alle Kinder.

Dieses FLOHKISTE-Heft enthält viele Anregungen dazu!

floh! für die 3. und 4. Klasse

mit Didaktischen Handreichungen zu jedem Heft!



Nr. 13 (erscheint am 23. Mai):

Faiz geht in unsere Klasse!

Der Junge ist aus seinem Heimatland geflüchtet, weil dort

Krieg herrscht. Nicht nur heute, auch in früheren Zeiten haben sich Menschen auf den Weg in ein neues Leben gemacht.



Nr. 14 (erscheint am 6. Juni):

Erfindungen verändern die Welt */**

Für das, was heute modern ist, wurde gestern bereits der

Anfang gemacht. Und auch die Dinge, die für die Zukunft entwickelt werden, bauen auf dem Heute auf.

*) mit  **Lesefitness**

) mit  **FLOH-Rechtschreib-Fitness

Unsere Jugendzeitschriften können Sie online oder per Fax unter www.domino-verlag.de (entsprechendes Fax-Formular ist abrufbar!) bestellen.

O!KAY! – die Englischzeitschrift vom FLOH

Go on with English



Mai:

Clothes

Was möchte ich anziehen? Jeans, T-Shirt oder einen Rock? Welche Schuhe passen dazu? Im Maiheft dreht sich alles um das Thema „Clothes“ mit den New words *put on, take off, wear, jeans, T-shirt, sweatshirt, skirt* und *shoes*.



Juni:

Birthday

Der schönste Tag im Jahr? Der Geburtstag – ganz klar! Im Juniheft lernen die Kinder New words zum Thema „Birthday“ kennen: *present, card, cake, party, celebrate, invite, friend* und *game*.

ich TU WAS! – die Mitmach-Zeitschrift für Naturforscher



Mai:

Singvögel

Jeden Morgen weckt uns ein Vogelkonzert. Die Singvögel sind beschäftigt: Revier abgrenzen, Bauplätze finden, Nest bauen, Eier legen, brüten, Junge großziehen!



Juni:

Wiese/Gras

Wenn eine Wiese gemäht ist, können wir leere Schneckenhäuser finden. Dieser spannende Lebensraum wird durch Menschenhand immer wieder neu geschaffen.

Ein kostenloses Probeheft können Sie online anfordern unter www.floh.de/probehefte_lehrer



Marco Fileccia,
Lehrer am Heinrich-
Heine-Gymnasium
Oberhausen

Lieblingslektüre: Diese Bücher haben meinen Lehreralltag verändert

Manchmal gibt es die Worte, die etwas verändern. Man liest sie und denkt: „Ja, genau!“. Von diesen Worten aus seinem Gymnasiallehrerleben möchte Marco Fileccia hier berichten. Die Auswahl ist subjektiv und vielleicht einmalig (hoffentlich und bei einigen Beispielen wahrscheinlich nicht):



1. „Das Rosie-Projekt“ von Graeme Simsion und Annette Hahn.

Ich denke, es ist gut, eine Auflistung von lehrerrelevanten, bewusstseinsverändernden Texten mit einem Buch zu beginnen, das es schafft, als romantischer Liebesroman oft urkomisch zu sein. Über den Protagonisten Don, mit Asperger-Syndrom kann man nicht sagen, dass er darunter „leidet“. Asperger ist eine milde Variante einer Autismusstörung und die Darstellung, aber auch der Umgang damit wird in diesem Buch so herrlich, ja liebevoll und optimistisch beschrieben. Ich lernte dabei, den „Umgang mit Vielfalt“ als Chance zu sehen.



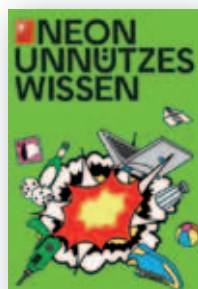
4. „Man on wire“ von Philippe Petit.

Philippe Petit stieg 1974 heimlich auf das World Trade Center, spannte mit Freunden ein Seil zwischen die beiden Türme und ging insgesamt achtmal in 417 Metern Höhe hin und her. Mit einer Balancierstange und völlig ohne Sicherung. Das Buch erzählt die Geschichte dieses Drahtseilaktes und seiner sechsjährigen Vorbereitung. Eine Geschichte unglaublicher Leidenschaft und vor allem unglaublichen Mutes. Beim Lesen lernte ich (Nein, nicht durch Nachahmung!) „Leidenschaft und Mut“ für Dinge einzusetzen, von denen ich im Schulalltag überzeugt bin.



2. „Schulrecht: kurz und bündig“ von Günther Hoegg.

Das Interesse an Verwaltungsvorschriften und Schulrecht ist bei uns Lehrerinnen und Lehrer üblicherweise schwach ausgeprägt, schließlich sind wir (ganz bewusst, voller Überzeugung und mit großer Leidenschaft) Pädagogen und keine Verwaltungsfachkräfte oder Juristen. Trotzdem gibt es eine (leider lange) Liste von Rechten und Pflichten, die man kennen sollte. Diese Erkenntnis ist sicherlich nicht neu, verursacht aber in der konkreten Umsetzung und im Fall der Fälle doch immer eine tiefgreifende kognitive Dissonanz. Oder wissen Sie ganz genau, was sie tun, wenn sie die Klasse nebenan mit-beaufsichtigen? Ich lernte bei der Lektüre sehr genau auf meine „Rechte und Pflichten“ zu achten!



5. „Unnützes Wissen“ von der Zeitschriftenredaktion NEON.

Unnützes Wissen? Gibt es das überhaupt? In dieser Buchreihe sind kurze Fakten wie „Der älteste bekannte Gartenzwerg stammt aus dem Jahr 1847“ (Nr. 265 in Unnützes Wissen 4) aufgelistet. Um ehrlich zu sein, daraus lese ich meinen Schülern gerne vor. Ich lerne dabei „Demut vor Faktenwissen“, das unendlich scheint.



3. „Lehrerkind: Lebenslanglich Pausenhof“ von Bastian Bielendorfer.

Bastian Bielendorfer ist genau das: Ein Lehrerkind. Im 1. Teil der Komposition im Plural! Er berichtet voller Humor und Ironie über seine Kindheit, bis hin zu privatem Notendruck. (Was tun wir als Lehrer eigentlich unseren eigenen Kindern an?) Lassen wir den Lehrer wirklich im Klassenzimmer, bevor wir nach Hause gehen? Hier kann man es nachlesen. Ich lernte, den Feierabend und die Gelassenheit mit den eigenen Kindern wert zu schätzen.



6. „Erfolgreich unterrichten durch Kooperatives Lernen“ von Ludger Brüning und Tobias Saum.

Vor diesem Buch stand vor 15 Jahren eigentlich eine Fortbildung, die auf mich wie eine Erleuchtung wirkte. Ludger Brüning und Tobias Saum schildern in dem Buch Strategien zur Schüleraktivierung in dem Konzept, das Kathy und Norm Green entworfen haben. Das Buch schildert dies mit ausreichend theoretischem Hintergrund, aber immer sehr praktisch, mit vielen Beispielen und Übungsaufgaben. Ich lernte „Konstruktivismus im Unterricht“.

Hallo & Tschüss Musicals

zum Anfang und Ende der Grundschulzeit

Texte: Rita Mölders, Dorothe Schröder • Musik: Reinhard Horn



Vier tolle Musicals zur Einschulung und Schulentlassung:

- Der erste Schultag – heute beginnt die Grundschulzeit
- Traum zu glauben – eine Trollgeschichte zur Einschulung
- Auf ins Abenteuerland – eine spannende Reise zum Ende der Grundschulzeit
- Der Adler im Hühnerhof – ein wunderbares Musical zur Entlassung

Zu allen Musicals gibt es Vorschläge für die Kostüm- und Bühnengestaltung und viele kreative Tipps und Handlungsvarianten.

Im Buch und auf der CD findet man neben den Liedern und Playbacks Bastelanleitungen für Stab- und Sockenpuppen und Vorschläge für Kulissenbilder.

Die praxiserprobten Musicals eignen sich sowohl für kleinere Gruppen als auch für ganze Klassen und sind eine große Hilfe, den Tag der Einschulung und die Entlassungsfeier zu ganz besonderen Momenten und unvergesslichen Erlebnissen werden zu lassen. Das Publikum und die Mitwirkenden werden begeistert sein.



Zielgruppe: Kinder, Lehrer/-innen, Schulchöre

Alter: 6–10 Jahre

Buch, 96 Seiten, Hardcover, 4-farbig	Bestell-Nr. 2033	Preis: 17,80 Euro Sonderpreis für VBE-Mitglieder: 15,30 Euro
CD: Spielzeit ca. 75 min	Bestell-Nr. 9017	Preis: 13,90 Euro Sonderpreis für VBE-Mitglieder: 12,00 Euro
Playback-CD: Spielzeit ca. 65 min	Bestell-Nr. 9018	15,90 Euro Sonderpreis für VBE-Mitglieder: 13,60 Euro

Bestellungen bitte an:

VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247
44141 Dortmund

Telefon: 0231 420061
(mo. bis do. 9.30 – 15.30 Uhr,
freitags 10.30 – 13.30 Uhr)
Telefax: 0231 433864

www.vbe-verlag.de
mit Online-Shop
info@vbe-verlag.de



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW

Gesetzlich verordnet.

**Modell:
Lehrerin**



**Bändig
JEDEN
Schüler!**

**Kann sich
problemlos
verteilen.**

**Unbegrenzt
belastbar.
Wird nie krank.
Bleibt
kinderlos.**

**ES
REICHT**

Wir packen es an!

In Ihrem Personalrat. In der Politik.



VBE

Verband Bildung und Erziehung
www.lehrergewerkschaft.de

**Macht
Vertretungs-
unterricht in allen
Klassen
und Fächern.**



**Kennt sich
mit allen
Unterstützungs-
bedarfen aus.**